

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Geschlossener Maiaufmarsch!

Gewerkschaften und die Arbeiter aller sozialistischen Richtungen
müssen gemeinsam marschieren!

Macht den 1. Mai zur Einheitsfront der Tat

Der für die Arbeiterklasse katastrophale Wahlausgang hat bei den Proletariern aller Richtungen der Arbeiterbewegung eine so starke Wirkung ausgeübt, daß die Führungen der SPD, wie der KPD gezwungen sind, eine ganz andere Tonart anzuschlagen. Im „Vorwärts“ propagiert sogar der SPD-Betriebsvorstand „die rote Einheitsfront zur Befreiung der Arbeiterklasse“ und in der „Roten Fahne“ erklärt das ZK der KPD, daß KPD und RGO „mit jeder Arbeiterorganisation zusammengehen wollen, die bereit ist, den Kampf gegen Lohnabbau zu führen.“

Nach den Worten ist das eine erfreuliche Wendung. Das ist doch die große Sehnsucht der ganzen Arbeitermasse, daß endlich einmal die beiden großen Lager in der Arbeiterbewegung zum gemeinsamen Handeln kommen in bestimmten Fragen des Gegenwarts-kampfes, vor allem gegen den Faschismus. Würde das zur Tat, mit einem Schlage würde Kraft und Selbstbewußtsein, der Glaube an den Erfolg der Arbeiterbewegung bei Millionen, heute verzweifelter Arbeiter, erwachen.

Doch leider ist es noch längst nicht so weit. Noch verbirgt sich bei der SPD wie der KPD hinter den schönen Worten zur Einheitsfront das Bestreben, an der bisherigen falschen Taktik festzuhalten und die Interessen der eigenen Partei über die der Klasse zu stellen.

Gerade damit muß aber zuerst gebrochen werden, wenn die schönen Worte von der Einheitsfront nicht leere Phrase sein sollen.

Der 1. Mai steht vor der Tür. Hier ist der erste und denkbar günstigste Anlaß, die rote Einheitsfront zur Tat werden zu lassen. Wie aber stehts damit in Berlin und fast allen Orten Deutschlands?

Die SPD- und ADGB-Führung will, wie bisher die Maidemonstrationen der Gewerkschaftsmassen zu einer Kundgebung der SPD und der eisernen Front machen.

In den Gewerkschaften sind aber Millionen von Arbeiter, die weder der SPD noch der eisernen Front angehören. Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern sind revolutionär, kommunistisch eingestellt.

Sie wollen und können am 1. Mai

weder die SPD noch die eiserne Front unterstützen und werden daher durch diesen Parteigoismus der SPD von den Gewerkschaftsdemonstrationen abgetrieben oder doch aufs höchste verblüht.

Das gibt andererseits der KPD wieder Grund und Anlaß zu eigener Maidemonstration. So wird zur Freude des Faschismus die Arbeiterklasse an ihrem eigenen Kampftag in zwei oder mehrere Lager gespalten.

Darum: sofortiger Schluß mit der engstirnigen Parteisuppenpolitik, und gemeinsamer Mai-Aufmarsch ausschließlich unter Führung der Gewerkschaften! Gesonderte Parteiveranstaltungen können abends in Lokalen stattfinden.

Das ist bei gutem Willen heute noch möglich. Deshalb müssen die

**Das ist die wirkliche Einheitsfront.
Alles andere ist leeres Geschwätz.**

Kombinationen um Braun

Wie wir schon gestern mitteilen konnten, werden Pläne erwogen, Braun an der Ministerschaft zu erhalten, aber um den Preis der Ausschaffung von Severing und Grimme, die durch „Beamte“ ersetzt werden sollen. Wie weit die Sozialdemokratie selber geneigt ist, sich auf eine derartige Lösung einzulassen, ist noch nicht erkennbar, aber nach der ganzen bisherigen Politik der SPD würde es wohl nicht überraschen, wenn diese Lösung eines Tages als „das kleinere Übel“ präsentiert und alle entgegenstehenden Bedenken zurückgestellt würden. Diese Lösung findet bemerkenswerterweise auch die Unterstützung von einer Seite, von der sie wohl am allerwenigsten erwartet wurde: Hugenberg. Wenigstens veröffentlicht die „Nachttausgabe“ des Tag einen Kommentar zu dem Beschluß des Preußenkabinetts, in dem zwar die darin zum Ausdruck gebrachte Verpflichtung, auf Grund des Verfassungsartikels 59 bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten weiter zu amtieren, als unrichtig bezeichnet, aber sofort hinzugefügt wird:

„Man kann vielleicht eine solche Verpflichtung aus dem Artikel 59 für den Ministerpräsidenten herauslesen, aber nicht etwa für die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums. Wenn also im Preußischen Landtag die Bestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten durch relative Mehrheit

Arbeiter in allen Betrieben und Stempelstellen kategorisch verlangen:

1. Die SPD und Eisenerne Front tritt sowohl als offizielle Veranstalter, wie auch bei den Referaten auf der Maidemonstration zurück.

2. Die KPD führt am 1. Mai keine eigene Demonstration durch und fordert ihre Anhänger, genau so wie die SPD, auf, sich an der gemeinsamen Demonstration der Gewerkschaften zu beteiligen.

3. Bei den Reden auf der Demonstration, wie auch in mitgeführten Transparenten usw., sind die Parteidifferenzen oder antigewerkschaftlichen Kundgebungen vollkommen auszuschalten. Alle Losungen und Forderungen sind ausschließlich gegen den Klassenfeind, gegen den Faschismus zu richten.

Um alle technischen Schwierigkeiten zu vermeiden, muß verlangt und durchgesetzt werden, daß Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien sofort zu einer Besprechung zusammentreten und die Einzelheiten regeln.

merkwürdiger muß es berühren, daß der „Vorwärts“ sich diesen Anregungen gegenüber in vollkommenes Schweigen hüllt, woraus wieder zu schließen wäre, daß die SPD einer derartigen Entwicklung gegenüber sich zumindest im Augenblick nicht absolut ablehnend verhält. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, daß eine derartige Haltung der SPD praktisch nur die Fortsetzung der alten Politik des kleineren Übels wäre, die, statt den Faschismus von der Machtgreifung fern zu halten, ihn noch weiter stützen würde, ganz abgesehen davon, daß Braun in einem derartigen Kabinett noch mehr eine Puppe in den Händen der Bourgeoisie wäre, als er es ohnehin samt Severing und Groener war. Die fatalste Wirkung bestünde aber darin, daß eine solche Lösung jede Zusammenarbeit der Arbeiterparteien, zu denen heute die psychologischen Voraussetzungen wie nie gegeben, sofort unmöglich gemacht würde. Unter keinen Umständen dürfen die SPD-Genossen darum eine solche Lösung zulassen. Nicht darauf kommt es an, daß Braun unter allen Umständen Ministerpräsident bleibt, sondern darauf, daß er es gegenüber den Nationalsozialisten bleibt durch die Kraft und die Macht der Arbeiterschaft. Nur dann ist die Fortführung seiner Ministerpräsidentschaft ein politischer Faktor zugunsten der Arbeiterschaft.

Groener bei Hindenburg

TU. Berlin, 26. April 1932.

Ueber den etwa zweistündigen Besuch des Reichsinnenministers Groener beim Reichspräsidenten wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichsminister Groener zum Vortrag.“

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir dazu, daß Reichsminister Groener sich gegenüber den ausgesprochenen Wünschen des Reichspräsidenten, daß alle Sonderorganisationen der Parteien mit militärischem Charakter gleichmäßig behandelt werden müssen, nachgiebig gezeigt hat. Eine entsprechende Entscheidung des Reichspräsidenten wird allerdings erst erfolgen, wenn der Reichskanzler selbst wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Es steht dann zu erwarten, daß die Verordnung des Reichspräsidenten über das SA-Verbot einige Ergänzung findet, in der der Reichsregierung eine gleichmäßige Behandlung derartiger Organisationen zur Pflicht gemacht und in der sie wahrscheinlich weiterhin aufgefordert wird, eine sorgfältige Ueberwachung noch bestehender Verbände durchzuführen. Mit dem Verbot des Reichsbanners als solchem dürfte nicht zu rechnen sein.

Dazu wird in einigen Blättern noch gemeldet, daß Meißner, der schon unter Ebert amtierender Staatssekretär des Reichspräsidenten, der Hauptverantwortliche an dem Brief Hindenburgs gegen das Reichsbanner wäre. Meißner soll sich jetzt, da ihm sein Stoß gegen das Reichsbanner nicht hundertprozentig gelang, mit Rücksichtsabsichten tragen. Eine nette Entwicklung des früheren Vertrauensmannes der SPD.

nicht wieder hergestellt werden sollte, dann könnte, falls alle Verhandlungen über die Bildung einer Mehrheitsregierung scheitern, das jetzige Preußische Staatsministerium vielleicht sehr lange als „geschäftsführend“ im Amte bleiben. Der preußische Ministerpräsident würde dann durchaus die Möglichkeit haben, andere Mitglieder des Staatsministeriums für diese Zeit zu berufen.“

Der „Berliner Börsen-Courier“ greift diese Äußerung auf und begleitet sie seinerseits wieder mit folgendem Kommentar:

„Man kann das wirklich nicht anders deuten, als daß von deutschnationaler Seite dem Ministerpräsidenten Braun nahegelegt wird, er solle sich, falls alle Stränge reißen, bereit halten, der — Macdonald der neuen Preußenregierung zu werden. Der Unterschied, der zwischen ihm und den „anderen“ Kabinettsmitgliedern gemacht wird, ist jedenfalls nicht zu verkennen; überdies kann unmöglich gemeint sein, Braun solle die Umbildung für eine kurze Uebergangszeit, als gekündigter Kabinettschef vollziehen. Das hätte keinen Sinn.“

In diesem Zusammenhang erinnert der „B. B. C.“ an die gestern von uns ebenfalls wiedergegebenen Auslassungen der „Frkf. Ztg.“, die in eine ähnliche Richtung weisen. Um so

KPD für Braun

Heilmanns

„wundervoller Wahlsieg“

Von Hans Marekwald

Vorbemerkung: Genosse Marekwald unternimmt hier einen bemerkenswerten Versuch, praktische Vorschläge für die im Interesse der Arbeiterklasse liegende Auswertung der Situation im neuen preußischen Landtag zu machen. Wie Genosse Marekwald selber sagt, liegt das Schwerkraft des proletarischen Klassenkampfes außerhalb des Parlaments. In dieser Hinsicht müssen seine Vorschläge gegenüber der KPD und SPD für Maßnahmen zum außerparlamentarischen Klassenkampf ergänzt werden. Aber mit Recht sagt Genosse Marekwald, daß auch dafür die Politik im Parlament nicht ohne Bedeutung ist.

Die Redaktion.

Wo es sich irgend machen ließ, stellten uns die Redner der KPD im Wahlkampf als eine Fühler der SPD hin. Jetzt lagen wir im „Vorwärts“ — Verzeihung, in der „Welt am Abend“ — den unzweideutigen Satz: „Die Kommunisten werden, darüber kann kein Zweifel sein, alle Mittel einsetzen, um ein Hakenkreuz-Preußen zu verhindern.“ Wie massiv waren uns die KP-Disten entgegengetreten, hätte sich ein Redner der SAP im Wahlkampf solches „Reformismus“ schuldig gemacht. Als ich in Oberkaufungen bei Kassel gegen den Klassenkampf der Regierung Braun gegen das Proletariat sprach, rief mir ein linientreuer Kommunist zu: „Wann ist eure Hochzeit mit der SPD?“ Die Kommunisten können, soweit das parlamentarische Froschmäuse-Kriegsspiel überhaupt in Frage kommt, ein Hakenkreuz-Preußen auf zwei Methoden verhindern. Sie können entweder gegen den bestimmt zu erwartenden Antrag der Rechten stimmen, das Stichwahl-system bei der Wahl des Ministerpräsidenten wieder einzuführen. Oder sie können in der Stichwahl Braun wählen.

Die Ablehnung des Stichwahlmodus würde grundsätzlich ein demokratisches Recht preisgeben und, solange eine absolute Mehrheit für irgendeine Regierung nicht vorhanden ist, die bisherige Regierung von der Notwendigkeit befreien, die Stimmen der ausschlaggebenden Minderheit durch Zugeständnisse für sich zu gewinnen. Die KPD würde sich selbst ins Gesicht schlagen, wollte sie die Aufhebung eines von ihr eben erst bekämpften Beschlusses ablehnen, sich selbst schaden und nachträglich den antidemokratischen Schritt der Sozial-„Demokraten“ rechtfertigen. Bedingungslose Duldung des Kabinetts Braun-Severing würde die Führung der SPD bestärken, ihre bisherige objektive eminent arbeiterfeindliche Politik fortzusetzen. Die KPD würde von den Massen für die anti-proletarische Haltung der Regierung mitverantwortlich gemacht werden. Die Nazis würden die einzige Oppositionspartei bilden und ihre Demagogie hätte bei den Beamten, den Angestellten und vielen Arbeitern gewonnenes Spiel. Die bedingungslose Duldung der Braun-Severing-Regierung hieße, dem Faschismus direkt den Weg ebnen.

Die Entscheidung fällt nicht im Parlament. Aber parlamentarische Taktik kann die außerparlamentarische Aktionsbereitschaft des Proletariats lähmen oder beleben. So konterrevolutionär die bedingungslose Duldung des bisherigen Preußenkabinetts sein würde, so konterrevolutionär wäre auch der bedingungslose Sturz dieses von jedem proletarischen Beobachter gewogenen und zu leicht befundenen Ministeriums. Würde die KPD, ohne den Versuch, einen Druck auf das Verhalten der Preußenregierung auszuüben, gleichsam an Freundeshand den Ernannten Hitlers in das gelobte Land der Regierung führen, so würde sie die Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen sich wachrufen und die dringend notwendige, äußerst eilige proletarische Abwehrfront gegen den Faschismus heillos verzögern. Es wäre darum geboten, daß die KPD feste und unabdingbare Bedingungen für die Duldung des Kabinetts Braun stellen würde. Und zwar keine solchen Bedingungen, aus denen sich der Wunsch ergibt, Braun werde ablehnen und dadurch einen Vorwand, nicht einen Grund, zu seinem Sturze liefern. Es darf nichts gefordert werden, was im Rahmen der Reichsgesetze und der Machtverhältnisse im Reiche keiner preußischen Regierung möglich ist. Ja — es kommt darauf an, den sozialdemokratischen Proletariaten zu beweisen, daß ihren Minister-Genossen nur ein Mindestmaß an Entgegenkommen gegen das Proletariat zugemutet wird, so daß die Empörung der SPD-Arbeiter sich gegen ihren eigenen Parteiparat richten muß, wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion ablehnt.

Danach wäre zu fordern:

1. Mindestens für die Sozialdemokratie und alle links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien und Gruppen (etwa Friedensgesellschaft): Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Keine Versammlung, kein Umzug darf verboten werden; als einzige Ausnahme mag geduldet werden, daß die

Was tut das Zentrum?

Eine weitere Klärung der preußischen Situation ist bisher nicht eingetreten. Sie dürfte auch kaum so schnell erfolgen. Es ist nur zu konstatieren, daß der Minderkrieg bereits von allen Seiten mit schlagartiger Heftigkeit begonnen worden ist.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ forderte gestern mit der bei diesem Organ der Schwerindustrie üblichen Vehemenz die Bildung des schwarzbraunen Regierungsblocks für Preußen und wollte sogar wissen, daß die offiziellen Verhandlungen zwischen der Zentrumsführung und Hitler ab bald beginnen würden. Zu diesem Zweck würden Prälat Kaas und der Obernazi am Donnerstag in Berlin zusammentreffen.

Die „DAZ“ erhielt darauf von der „Germania“ prompt eine kalte Dusche. Aber ebenso prompt ließ der Aufsichtsrat des Zentrumsblattes die Nachricht verbreiten, daß der Chefredakteur der „Germania“, Dr. Ernst Buhla, der besonderer Vertrauensmann des Reichskanzlers ist, mit dem Ende des Jahres 1932 von seinem Posten abgelöst werden würde und schon jetzt in den Urlaub entlassen sei.

Im Aufsichtsrat der „Germania“ diktiert Herr von Papen, bis jetzt Mitglied der preußischen Zentrumsfraktion, der aus seinen profaschistischen Meinungen niemals ein Hehl gemacht hat. Da das Zentrum diesen Mann, dessen politische Formen sich niemals der traditionellen Zentrumsdiplomatie ange-

paßt haben, nicht wieder in den Landtag entsandt hat und auch sonst kaum anzunehmen ist, daß sich der mit tausend Wassern gespülte päpstliche Hauptprälat aus Trier durch Herrn von Papen und seine brüsklen Postlegungsmanöver die Verhandlungsaussichten nach allen Seiten verschlechtern oder sich gar die Trümpfe gegen Hitler aus der Hand nehmen lassen wird, wird man die jetzt aufspringenden Nachrichten und Gerüchte, als ob die Nazis bereits mit dem Zentrum eingeseien, mindestens als den Tatsachen voraussend anzusehen haben.

Sicherlich wird Hitlers enger Kreis bereit sein, dem Zentrum jede gewünschte Konzession zu machen. Aber die gleiche Bereitschaft bei dem bisherigen Koalitionspartner nicht vorauszusetzen, wäre einfache Selbsttäuschung. Die Regierung Braun hat seinerzeit dem Zentrum das Konkordat bewilligt. Damals war der direkte Einfluß der Schwarzen auf die Schule noch ausgenommen worden. Ihn wird die katholische Partei jetzt zugestanden bekommen, von wem sie will.

Beim Zentrum liegt der Schlüssel für alle politischen Räume im Hause Preußen. In der Gewißheit dieses Besitzes wird das Zentrum sich viel Zeit lassen und alle Angebote peinlich prüfen. Wer das rigorose Examen besteht, der wird in Zukunft nichts anderes mehr sein als der getreue Knecht der auf alle Fälle regierenden katholischen Partei.

40-Stundenwoche durch Notverordnung?

Ein tibles Machwerk

TU. Berlin, 26. April 1932.

Nach Information des DHD wird zur Zeit im Reichsarbeitsministerium der Entwurf einer Notverordnung ausgearbeitet, durch die die 40-Stundenwoche für bestimmte Gewerbegebiete eingeführt wird. Der Entwurf soll bereits am 28. einer Besprechung in den Länderministerien unterzogen werden. Die Verordnung zerfällt in zwei Gruppen, von denen die erste die Gewerbegebiete umfaßt, bei denen in Zukunft die Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich, soweit sie tariflich zulässig ist, noch von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörden abhängig gemacht werden soll. Die Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn den Arbeitgebern andere Maßnahmen, insbesondere die Neueinstellung von Arbeitnehmern, nicht zugemutet werden können. Die zweite Gruppe umfaßt die Gewerbegebiete, bei denen die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt wird. Unter die erste Gruppe fallen: Bergbau, Salinenwesen, mit Bergbau verbundene Werke, Industrie der Steine und Erden, Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeug-Industrie, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik, chemische Industrie, Textilindustrie, Papierindustrie und Vertriebsgewerbe, Leder- und Linoicum-Industrie, Kautschuk und

Polizei einer Partei verbieten kann, an derselben Stelle zu demonstrieren, an der sich ihre Gegner versammelt haben oder zu der ihre Gegner schon vorher eine Versammlung einberufen haben. Aufhebung des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes. Die polizeiliche Überwachung von Versammlungen hat aufzuheben. Preßfreiheit. Alle polizeilichen Verbote von Büchern sind aufzuheben. Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften dürfen polizeilich nicht verboten werden.

2. Durch sofortige Aenderung des Disziplinargesetzes ist zu bestimmen, daß Lehrer an allen öffentlichen Lehranstalten an der Volksschule bis zur Universität sofort zu entlassen sind, wenn sie den Unterricht zu monarchistischer oder faschistischer Beeinflussung benutzen.

3. Preußische Notverordnungen haben zu unterbleiben. Dem Landtag oder seinem Ständigen Ausschuss ist zu überlassen, wie er Einnahmen und Ausgaben des Landes in Uebereinstimmung bringen will. (Dem Finanzminister bleibt auch ohne Notverordnung das Recht, bewilligte Ausgaben zu unterlassen, zu denen die Mittel fehlen. Hilferding hat bei dem Panzerkreuzer leider davon keinen Gebrauch gemacht.)

4. Ebenso haben die Gemeindevorstände künftig grundsätzlich den Gemeindevertretungen die Etatisierung der Gemeinden zu überlassen. Die Gemeindeordnungen sind zu demokratisieren durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts (also Fortfall der Aufenthaltsklausel), Fortfall des Bestätigungsrechts, mindestens für alle Aemter, die mit keinem schutz- oder kriminalpolizeilichen Befugnis verbunden sind, Einführung des Rechts zum Volksentscheid in den Gemeinden. Ueber den Gemeindevertretungen

Asbest-Industrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Musikinstrumenten- und Spielwaren-Industrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Bekleidungsindustrie, Baugewerbe und Baubehelfgewerbe, aus dem Handelsgewerbe Großhandel, Ein- und Ausfuhrhandel, Banken, Privatversicherungen. Unter die zweite Gruppe fallen: Bergbau, Salinenwesen, Steine und Erden, Chemie, Papierindustrie und Vertriebsgewerbe, Mälzereien und Brauereien, Bauunternehmungen und Bauhandwerk.

Soweit die Meldung des DHD (Deutschen Handels-Dienst). Ob seine Informationen stimmen, sei dahingestellt. Fest steht, daß, wenn nach diesem Plan verfahren wird, das eine Notverordnung wäre, nach der die 40-Stundenwoche nicht eingeführt wird. Ja, nach ihr soll sogar fast überall noch eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden die Woche zugelassen werden. Den Arbeitern soll damit offenbar nur Sand in die Augen gestreut werden, während an den bisherigen Verhältnissen nichts geändert wird. Aber selbst soweit vielleicht da oder dort die 40-Stundenwoche auf diese Art dekretiert wird, so ändert das deshalb nichts, weil fast überall längst verkürzt, meist weit weniger als 40 Stunden, gearbeitet wird. Das wichtigste aber, der Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit, fehlt hier völlig.

Das alles zeigt nur den Arbeitern, daß sie von der Regierung in dieser Hinsicht nichts zu erwarten haben, sondern daß sie nur durch den Einsatz ihrer Machtmittel, durch den Klassenkampf, die wirkliche 40-Stundenwoche mit Lohnausgleich erhalten können.

müssen die Gemeindegewähler stehen mit der Maßgabe, daß die Mehrheit der Abstimmenden — nicht der Abstimmungsberechtigten — entscheidet.

5. Kein Oberpräsident, Regierungspräsident, Polizeipräsident oder Landrat (d. h. keiner der an der Spitze der Polizei stehenden Beamten) darf seiner Gesinnung nach zu den Parteien der Harzburger Front gehören. In anderen Ländern ist es selbstverständlich, daß Gegner der Grundlagen des Regierungssystems keine Polizeigewalt ausüben dürfen.)

In einer Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sagte Otto Braun, eine Annäherung an die KPD sei nicht zu empfehlen, denn dadurch würden die bürgerlichen Wähler den Nazis in die Arme getrieben. Durch seine Politik hat Braun die Abwanderung der bürgerlichen Wähler zu den Nazis nicht verhindert, aber Beamte, Angestellte und Arbeiter den Nazis erst zugänglich gemacht. Am 21. Oktober 1930 notierte ich mir eine Aeußerung Ernst Heilmanns, die er mir zwecks genauer Feststellung des Wortlauts in die Feder diktierte: „Wir werden in 1½ Jahren einen wundervollen Wahlsieg haben.“

Für Menschen, die auch nur einigermassen Verständnis für die Bestimmung des Denkens der Proletarier durch die Zeitereignisse haben, stand von vornherein fest, daß eine Arbeiterpartei, die bürgerliche, kapitalistische, anti-proletarische Politik treibt, von Niederlage zu Niederlage gelangen muß. Solange Sozialdemokraten Polizeigewalt gegen kommunistische Meinungsäußerungen anwenden, solange Kommunisten sozialdemokratische Proletarier von sich stoßen, gedeihen Faschismus und Kapitalismus. Wir aber rufen das Proletariat zur Einheitsfront, siegesbewußt, trotz alledem!

Nazis fordern Reichstagsauflösung

München, 27. April.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP hat folgende Anträge im Reichstag eingebracht:

1. Der Reichstag wolle beschließen: Der Herr Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung aufzulösen;

2. der Reichstag wolle beschließen: Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung einen Untersuchungsausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Frage, ob und welche öffentlichen Mittel für die Hindenburg-Wahlpropaganda im Reichspräsidentenwahlkampf in Anspruch genommen wurden;

3. der Reichstag wolle beschließen: Die Verordnung des Reichspräsidenten über Auflösung der SA und SS der NSDAP aufzuheben.

„Zudem ist festzustellen . . .“

Wir lesen in der kommunistischen „Welt am Abend“:

„ . . . Berlins Arbeiterviertel waren in ein Meer roter Fahnen getaucht. Hammer und Sichel leuchtete aus allen Straßen, die Loggen der revolutionären Front waren von den Häuserfassaden und Dächern weithin zu sehen. Zudem ist festzustellen, daß auch in Berlin die Kommunisten seit der Reichstagswahl 90 000 Stimmen eingebüßt haben, während die Sozialdemokraten fast 60 000 gewonnen haben. Wenn in Berlin die Kraft und Begeisterung der Arbeiterklasse in den kommenden Sozial- und Wirtschaftskämpfen, auf den Stempelstellen und Betrieben nun ebenso einsetzen wird, wie in den letzten Wochen aus Anlaß der Präsidentenwahl, so wird von Berlin aus die neue Offensive der roten Einheitsfront ins ganze Deutsche Reich ausstrahlen.“

Tardieu kommt nicht nach Genf

Genf, 27. April 1932

Große Ueberraschung verursacht die Meldung, daß Tardieu nicht, wie allgemein erwartet, am Freitag nach Genf zurückkommen wird. Er ist angeblich krank. In Wirklichkeit dürfte es sich um ein Ausweichen vor den Entscheidungen der für Freitag angesetzten großen Debatte über die englischen Abrüstungsvorschläge sein.

Tarifverhandlungen bei der Mansfeld A. G.

B. TU. Esleben, 26. April 1932.

Am Dienstag fanden Verhandlungen zwischen der Mansfeld A. G. und den Gewerkschaften über den Manteltarifvertrag statt. Lohnfragen sind zur Zeit nicht strittig. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Parteien wollen sich nunmehr an den Schlichter wenden.

Moratoriumsverlängerung für Kreuger und Toll

TU. Stockholm, 26. April 1932.

Der von der schwedischen Regierung für das Kreuger-Moratorium eingesetzte Untersuchungsausschuß gibt bekannt, daß eine kurzfristige Verlängerung des Moratoriums unumgänglich sei. Zur späteren Abwicklung würden gesetzliche Ausnahmebestimmungen notwendig sein. Die Lage der Firma Kreuger und Toll lasse jetzt erkennen, daß die Verpflichtungen nicht einmal dann erfüllt werden können, wenn man für die Aktiven normale Werte einsetze.

Eines der Mitglieder des Untersuchungsausschusses erklärte, daß das Moratorium voraussichtlich um 14 Tage verlängert werde. Die für die Abwicklung beantragten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen sollten den Konkurs ermöglichen unter Vermeidung sofortiger Realisierung der Aktiven. Was Ivar Kreuger mit dem auf 100 Millionen Kronen geschätzten Erlös des großen Wertpapierverkaufs kurz vor seinem Tode angefangen habe, sei noch nicht geklärt.

Die englische „Financial Times“ macht darauf aufmerksam, daß durch die Konkursklärung der International Match Corporation die Kreuger-Krise eine neue Wendung genommen habe. Es bestehe die Gefahr, daß der schwedische Zündholzstift seine Kontrolle über die amerikanische Tochtergesellschaft verliere. Die Zeitung empfiehlt, eine Abordnung nach Stockholm zu schicken, um die englischen Belange an Ort und Stelle zu vertreten.

Schweres Flugzeugunglück in Brasilien

Rio de Janeiro, 27. April 1932.

Auf dem Flugplatz in Bahia ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Ein Flugzeug, das von einem Inspektionsflug zurückkehrte, stürzte bei der Landung ab und wurde völlig zerstört. Der Gouverneur des Staates Parahyba sowie ein Inspektor und der Flugzeugführer wurden dabei getötet, zwei weitere Personen schwer verletzt.

Abiturient und Volksschüler 1932

Der besonderen Notlage der Abiturienten wurden in den letzten Monaten in den Tageszeitungen lange Spalten gewidmet. Auch ein längerer Artikel der „SAZ“ beschäftigte sich vor kurzem mit dieser Frage.

Es sind von den verschiedensten öffentlichen und privaten Stellen erhebliche Anstrengungen für die berufliche Unterbringung der höheren Schüler gemacht worden, und durchaus mit einem bemerkenswerten Erfolg. Die öffentliche Berufsberatung nimmt bei diesen einen wesentlichen Platz ein. Indessen, neben dieser neutralen Stelle, die ja ein wichtiger helfender Faktor für die Jugend in allen Berufsfragen ist, haben sich auch breite Kreise führender Arbeitgeberinstitutionen sehr stark dafür eingesetzt. Das geschah in viel stärkerem Maße, als man je Kraft und Mühe fand, die viel traurigere Berufslage der Volksschüler aus der Welt zu schaffen, oder wenigstens die schlimmsten Notstände zu beheben.

Das Berufsausbildungsgesetz — das nur ein ganz bescheidenes Rahmengesetz werden sollte, wandert von Ausschulz zu Ausschulz — ein wahres Trauerspiel in der Geschichte der letzten 10 Jahre Sozialpolitik. Das 9. Schuljahr ist ebenso in die Versenkung verschwunden. In erheblichem Kontrast stehen zu dieser Haltung die Maßnahmen, die besonders von dem Gamm-Ausschuß unter Mitarbeit der Industrie- und Handelskammer für die Abiturienten durchgeführt wurden. In manchen Großstädten wurden bis zu 100 Proz. der eingetragenen Abiturienten in Lehrstellen vermittelt. Auch in Berlin ist ein verhältnismäßig günstiges Resultat erzielt worden. Daß dieser Erfolg nicht ohne intensive Anstrengung und eingesetzten sehr guten Willen der Arbeitgeberschaft in der jetzigen Lage möglich war, ist naheliegend.

Eine umfangreiche Arbeit wird auf diesem Gebiet von der öffentlichen Berufsberatung geleistet. Bereits im vorigen Jahre hat die Berliner Berufsberatungsstelle für akademische Berufe Hunderte von männlichen und weiblichen Abiturienten in Lehr- und Praktikantinnenstellen vermittelt, und laufend finden jetzt täglich solche Vermittlungen statt. Die Zahl der Abiturienten, die zur Beratung und Vermittlung die öffentlichen Berufsberatungsstellen aufsuchen, hat sich in den letzten Jahren vervierfacht. Aufklärende Vorträge, die in fast allen höheren Schulen, namentlich der Städte, wo eine spezielle Berufsberatung für höhere Schüler besteht, abgehalten worden, gehen der Einzelberatung in den Berufsberatungsstellen voraus. Sie geben bereits Gelegenheit, in der Aussprache eine Fülle von Einzelfragen zu erörtern. Fast die Hälfte aller Abiturienten Deutschlands (im letzten Jahr 20 804) haben die Einzelberatung der öffentlichen Berufsberatungsstellen passiert, und ein erheblicher Teil ist durch die Beziehungen der Arbeitsämter zur Wirtschaft untergebracht worden. In der neueren Zeit ist noch die Einrichtung von theoretischen Fachkursen als vorübergehende Hilfe von den Arbeitsämtern an den verschiedensten Stellen angeregt und zum Teil auch finanziert worden.

Diese ermöglichen die intellektuelle Erbildung für den gewählten Berufszweig, solange noch keine Lehr- oder Praktikantinnenstelle gefunden wurde. Daß viele Berufsberatungsstellen gerade in der Beratung und Vermittlung der Abiturienten in engstem Konnex mit den Gewerkschaften arbeiten und gerade in dieser komplizierten Beratung von ihnen viel in Anspruch genommen werden, hat sich in der Praxis immer mehr herausgebildet.

Die Frage der Berufswahl der Abiturienten ist ein Teil der Existenzfrage im Kapitalismus überhaupt. Gewiß ist für den einzelnen Abiturienten dieses Schicksal oft von erdrückender Schwere. Das Übergehen in einen sogenannten praktischen Beruf bedeutet für ihn meist einen Verzicht auf viele bisherigen Wünsche in bezug auf sein gesellschaftliches Portkommen. Es bedeutet lange Umwege und viele Opfer, bei erstem Willen und Fähigkeiten auf jeden Fall zum geistigen Beruf zu kommen — und die harte Notwendigkeit der völligen Umstellung in Lern- und Arbeitsart und Verhalten in der neuen Umgebung. Das ist nicht einfach. Und mancher Junge und manches Mädchen wird dadurch in starke innere Not und Bedrängnis geraten. Wir wollen hoffen, daß sie zum Bewußtwerden der Ursachen dieser Lage führt. Der Abiturient, der sich heute in beruflichen Schwierigkeiten befindet, ist ein Opfer der bürgerlichen Ideologie und des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das in seinen Erschütterungen brutal seine eigene Jugend ausstößt. Für ihn selbst unter tragischen Vorzeichen vollzieht sich aber

für die Volks- und Mittelschuljugend seine Einmündung in das Wirtschaftsleben als Tragödie. Es ist ganz klar, daß die große Anzahl höherer Schüler, die nun umgehend in die praktischen Berufe strömt, eine empfindliche und unterdrückende Konkurrenz darstellt. Die Bildungswerte, das höhere Alter werden in einer Reihe von Berufen (wenn auch nicht in allen) stark bevorzugt, besonders überall dort, wo es sich auf einige Jahre dann um billige, rasch leistungsfähige Arbeitskräfte handelt. Die Volksschülerin, die Kontoristin werden will, hat scharfe Konkurrentinnen in hoher Zahl bekommen; bei den Jungen wirkt sich das ähnlich in den kaufmännischen und technischen Berufen aus. Die Lage der andern Jugend ist noch um einige empfindliche Grade schlechter geworden.

Wer hilft ihr? Wer hilft der gesamten Jugend? Niemand, wenn sie sich nicht mit ihren jungen Kräften zusammenschließt und selbst, soweit es in ihrer Macht steht, dafür arbeitet, daß Klarheit darüber kommt; daß nur ein durch die Kraft des Proletariats durchgeführtes sozialistisches Wirtschaftssystem helfen kann — und wenn ihr nicht eine größer werdende revolutionäre Arbeiterpartei und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland den Weg bereitet — der wieder Sicherheit bringt, Hoffnung, die in Erfüllung gehen kann, Brot und Arbeit. Dabei kann ihr der Arbeitgenosse aus den Schulzimmern helfen. Er fühlt besonders hart die Plänke des kapitalistischen Drachens auf seinen Schultern. Er muß Mitleidkämpfer werden. F. Gocksch.

Wina. Bei dem Versuch, das Kind zu retten, ertranken auch die siebenjährige Schwester und das 14jährige Kindermädchen.

Kapitalverbrechen oder Verschleppung?

Minteln (Weser), 27. April 1932.

Das spurlose Verschwinden einer Schülerin setzt die Stadt in Erregung. Am Montagabend machte die zehnjährige Schülerin des hiesigen Lyzeums Magdalene Hartmann mit einer jüngeren Freundin einen Spaziergang in den Wald, wo sich die beiden Freundinnen trennten. Die jüngere ist in das elterliche Haus zurückgekehrt, während die Hartmann seither spurlos verschwunden ist. Alle Nachforschungen sind ergebnislos verlaufen, so daß die Kriminalpolizei der Ansicht zuneigt, daß ein Kapitalverbrechen oder eine Verschleppung des Kindes vorliegt.

Mancher Milderungsgrund

Landsberg/Warthe, 27. April 1932.

Am 6. und 7. November vorigen Jahres fanden in Driesen große Tumulte statt. Erwerbslose, die Pflichtarbeit verrichten sollten, verweigerten diese und traten in Streik. Dann zog ein Teil der Streikenden zu der Wohnung des Dezernenten des Wohlfahrtsamtes, Ratherrn Werner, wo sie mit Gewalt eindringen und diesen und seine Frau beschimpften. Das Landsberger Schöffengericht, das in Driesen tagt, verurteilte am 2. Februar die Täter zu Strafen von ein bis zu neun Monaten Gefängnis, wogegen die Verurteilten Berufung einlegten. Diese hatte jetzt den Erfolg, daß die Strafen zum Teil wesentlich herabgesetzt wurden, da in der neuen Beweisaufnahme vor der Großen Strafkammer doch mancher Milderungsgrund gefunden wurde.

Folgen der Unvorsichtigkeit

Güstrow, 27. April 1932.

Als ein Lastkraftwagen einer Hamburger Südfurchthandlung mit Anhänger in ziemlich langsamer Fahrt durch Güstrow fuhr, versuchten mehrere Knaben vom Güstrower Landeskindenheim, sich an den Lastzug anzuhängen. Der siebenjährige Knabe Ernst Eisenberg stürzte dabei von dem Auto auf die Straße und wurde von dem Anhänger überfahren. Der schwerverletzte Knabe wurde sofort in das städtische Krankenhaus getragen, wo er bereits kurz nach seiner Einlieferung starb.

Flucht vor der Krise

München, 27. April 1932.

Die deutsche Himalaya-Expedition ist am Dienstagabend nach Genua abgereist. Es waren sieben Mitglieder, unter Führung von Ingenieur Merk, unter ihnen der Amerikaner Herron und die „Zeltmutter“, Miß Knowlton. In Kufstein stoßen noch drei weitere Mitglieder der Expedition zu der Reisegesellschaft, deren Hauptgepäck bereits unterwegs ist. Zur Verabschiedung hatte sich eine Reihe von alpinen Freunden, unter ihnen der Leiter der letzten deutschen Himalaya-Expedition, Notar Bauer, Dr. med. Allwein und Filchner eingefunden.

Das Steckbriefgesicht

Der 26jährige Arbeiter Aloisius Black stand zum zweitenmal wegen räuberischer Erpressung vor dem Schnellschöffengericht zur Aburteilung. Er hatte gerade erst seine frühere Strafe verbüßt. Damals hatte er im Köllnischen Park einem Arbeitslosen seine ganze Barschaft in Höhe von 20 Pfennig und ein Taschentuch geraubt. Am 17. April verübte er einen ähnlichen Ueberfall an einem Hausdiener, der nachts die Waisenbrücke passierte. Er drängte den Mann gegen das Geländer der Brücke und nahm ihm sein Geld weg, das er in der Tasche fand. Der Mann war so erschrocken vor der drohenden Haltung des Räubers, daß er sich widerstandslos die Durchsuchung gefallen ließ. Der Angeklagte leugnete, wie bei dem ersten Falle, daß er der Täter sei und behauptete, er werde mit einem anderen verwechselt. Der Zeuge erklärte aber, daß er den Angeklagten unter Tausenden wiedererkennen würde, und das schien auch durchaus glaubhaft, denn der Angeklagte trug gewissermaßen den Steckbrief im Gesicht. Sein Gesicht war von oben bis unten tätowiert. Die Tätowierung zog sich von der Stirn über die Nasenwurzel unter die Augen hin und dann vom Ohr über die halbe Wange in Form eines Backenbartes bis zum Kinn und schließlich noch um den ganzen Hals herum. Das Schöffengericht hatte keinen Zweifel an seiner Schuld und verurteilte ihn gemäß dem Antrag des Staatsanwalts wegen räuberischer Erpressung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Jahrgang 1931 wird geimpft



Der erste Schmerz im Leben — aber nicht der letzte.

Familiendramatik

Ein schauriger Leichenfund, der am 15. Februar in der Elbe bei Magdeburg gemacht wurde und zunächst den Verdacht eines Kapitalverbrechens erweckte, hat jetzt durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei seine Aufklärung gefunden und eine ungewöhnliche Familiendramatik enthüllt.

Aus einem Buhnenkopf wurde Anfang des Jahres ein mit Sand gefüllter, zugebundener Sack gefischt, in dem man die Leiche eines vierjährigen Knaben fand. Die Magdeburger Kriminalpolizei glaubte zuerst an ein Kapitalverbrechen, die Ermittlungen blieben zunächst ohne Erfolg, bis es nunmehr durch die Zusammenarbeit der Berliner Vermißtenzentrale mit der Magdeburger, Hamburger und Aachener Kriminalpolizei gelang, die Tragödie, die diesem Leichenfund zugrunde lag, aufzuklären. Am 14. Februar hatte sich in einem Aachener Hotel ein unbekannter Mann durch Gas vergiftet. In den hinterlassenen Aufzeichnungen hatte der Selbstmörder angegeben, daß er seit Jahren arbeitslos sei und aus Holland stamme. Man möge jedoch nicht weiter nach ihm forschen und ihn, falls sein Tod noch nicht eingetreten sei, nicht mehr ins Leben zurückrufen, da er sofort wieder Selbstmord begehen würde. Die Fingerabdrücke des Toten wurden an alle deutschen daktylokopischen Stellen gesandt, bis durch die Hamburger Kriminalpolizei festgestellt werden konnte, daß es sich um einen früheren Seemann Gustav Langanke handelte, der bis

August 1927 in Hamburg gewohnt hatte und dann nach Amerika ausgewandert war. In New York hatte er sich verheiratet und aus der Ehe war ein Knabe hervorgegangen. Ende vorigen Jahres war seine Frau gestorben und er mit seinem Sohne nach Deutschland zurückgekehrt, wo er bei seinen Verwandten in Berlin lebte. Den Tod seiner Frau glaubte er nicht verwinden zu können. Am 6. Februar hat er sich dann mit dem Jungen von seinen Angehörigen verabschiedet, angeblich um nach Amerika zum Grabe seiner Frau zu fahren. Seine Angehörigen warteten seitdem vergeblich auf Nachricht, bis sie unlängst von seinem Selbstmord in Aachen durch die Polizei benachrichtigt wurden. Jetzt endlich konnte durch die Berliner Vermißtenzentrale festgestellt werden, daß es sich bei dem am 15. Februar aus der Elbe gezogenen Knaben um den Sohn Langankes handele. Vermutlich war der Vater zunächst mit ihm nach Magdeburg gefahren, hat den Jungen betäubt, ihn in einen Sack eingenäht und in die Elbe geworfen. Unmittelbar darauf fuhr er selbst nach Aachen, um hier gleichfalls seinem Leben ein Ende zu machen.

Tragischer Tod dreier Kinder

Basel, 26. April 1932.

Bei Teufenthal im Kanton Aargau fiel das dreijährige Söhnchen des Wirtes Flückiger beim Pflücken von Schlüsselblumen in die

Goldland Deutschland!



Ueber Nacht ist das hessische Dorf Allendorf a. d. Eder zu Berühmtheit gelangt. Bohrungen ergaben an verschiedenen Stellen Goldvorkommen von 40 Gramm pro Tonne, während die südafrikanischen Gruben nur 7—20 Gramm, die Gruben in Alaska nur 4 Gramm Gold pro Tonne liefern.

„Der am Schalter sitzt, kann nicht dafür“

Von A. Ehlers

(Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens, schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.)

(Weimarer Verfassung, Artikel 161.)

Sonntag.

Der Krankenkassenbeamte Koks lag lang ausgestreckt auf seinem Sofa und studierte den „Vorwärts“.

„Nun — —? Die wachsende Inanspruchnahme der städtischen Krankenhäuser macht es leider — Aerzte dürfen von Ihrer Befugnis, Patienten dem Krankenhaus zu überweisen, nur in dringenden Fällen!“

Nicht zu glauben, denkt Koks, die Aerzte haben also mit dieser Befugnis Mißbrauch getrieben! Das ist ihm doch schon aufgefallen, dieses Ueberhandnehmen der Krankenhäuser in der letzten Zeit.

In Wirklichkeit also ein bewußtes Manöver der Aerzte, um die Krankenkassen kaputt zu machen.

Er will ja nichts sagen gegen die Erwerblosen, aber ein bißchen hat er sie doch im Verdacht, daß sie sich ins Krankenhaus schicken lassen, um dort auf Kosten der Kasse verpflegt zu werden.

Das wird also jetzt anders.

„Eigentlich gehörte jeder Krankenhausfall vor einen Vertrauensarzt“ folgerte Koks weiter.

Plötzlich aber kriechen andere Gedanken in seinen Schadel. „Natürlich, die haben gut reden da oben. Wer soll denn diese neue Regelung den Mitgliedern plausibel machen?“

Seine Bereitschaft, alles und jedes durchzuführen, was der Vorstand anordnet, wird nun überwuchert von einer grenzenlosen Trübsal. Was hat er nicht schon alles erlebt an seinem Schalter! Manchmal war er nahe daran, gelyncht zu werden. Und er war doch kein junger Mann mehr.

Ja, früher, als er noch an der Hobelbank stand. Wie flink und behend ging ihm da alles von der Hand. Aber jetzt...

Er wurde zu dick, das ließ sich nicht leugnen. In horizontaler Lage konnte Koks nur bei entsprechender Hebung des Oberkörpers seine eigenen Füße sehen. Kummer genug für einen Menschen, der sich in seinen kühnsten Träumen als kommender Wohlfahrtsminister wähnte. Schon daß man ihn an seinem Schalter mitunter „Dicker“ nannte, verletzte seine zarte Seele außerordentlich. Felsenfest davon überzeugt, ein vorzüglicher Kopfarbeiter zu sein, hielten fast alle Menschen seinen „Bauch“ für das Wahrzeichen der wirklichen Persönlichkeit. Das betrubte ihn sehr. Sein Gemüt wurde in solcher Stimmung weich wie ein Backsteinkäse, der mit angewärmtem Messer aufs Brot gestrichen wird.

Koks litt unter dem Schicksal des einsamen unverständenen Menschen, der sich in stillen Stunden selber leid tat.

Nur zwei Wesen verstanden ihn ganz: Susi, seine herzlichste Frau und Jocki, der Papagei.

Gewiß, jeder hat seinen Vogel, aber dieser hier war ein Vogel ganz besonderer Art. Jocki konnte stundenlang zuhören.

Und ohne Widerspruch nahm der Vogel alles auf.

Mit der würdigen Pose eines Philosophen krähte er nur hin und wieder „Papa“ „Friede“ oder auch mit mehr oder weniger tragischem Tonfall „O Gott“.

Koks raste wie ein Luftballon mit Beinen durch die Stube und setzte dem Vogel das Wesen der „Eisernen Front“ auseinander. Ohne Hindenburg keine Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, kein Wohlstand, keine Ordnung und Ruhe für die Opfer des Krieges und der Arbeit. Hindenburg ist unser aller treusorgender Vater. Hindenburg ist der Schutzpatron der Krankenkassen, er ist —

„Ist Hindenburg nicht doch weniger als das kleinere Übel? Ist er nicht eigentlich gar kein Übel? Was meinst du, Jocki?“

Der Papagei meinte das auch. Er verstand ja alles so gut. Aber wer verstand das noch?

Koks liebtes Thema war die Reichversicherungsordnung: sie unter trauter Assistenz seines Jocki auswendig zu lernen, bildete den Sinn und Inhalt seines Lebens.

Sinn und Inhalt des realen Daseins zu erfassen verbot ihm die angeborene Trägheit und die schlackenlose Reinheit seiner Volksschulbildung vor zwanzig Jahren. Fehlerfreie Wiedergabe der Gesetzestexte und die richtige Numerierung der einzelnen Paragraphen — darauf kam es an. Wenn er sich dann im „kleinen Schiffe“ als „kundiger Steuermann“ auf den Wogen der Krankenversicherungsordnung nach Paragraph Tausendeinhundert-undsoundso richtig orientierte, blähte sich sein Herz vor Stolz unter dem steifen Chemisette.

Montag.

Koks saß an seinem Schalter A—F. Die ersten Patienten haben bereits die Kassenräume betreten. Koks prüft noch einmal ob das Plakat noch da hängt. Richtig, es hängt noch:

„Warum schimpfst und warum schmolst du, das Gesetz bestimmt und doch grollst du, Der am Schalter sitzt kann nichts dafür, Er meinte trotz allem gut mit dir!“

Gott sei Dank! Und das andere auch:

„Unsere Beamten sind angewiesen, dem Publikum höflich, kurz und sachlich entgegenzukommen. — Wir erwarten vom Publikum dasselbe!“

Jetzt ist Koks gerüstet, das Gesetz und alle Paragraphen sind mit ihm. Und wird Frau Bolte trotzdem ungeduldig, so schäkert er mit ihr: „Aber Frau Bolte, aber Lieschen Bolte, — warum schmolst du?“

Der erste Patient steht vor seinem Schalter. Andere folgen dicht auf. Bald sind alle Bänke rings an der Wand besetzt. Die Luft wird schnell verbraucht. Die Neuankommenden sind zuerst ganz benommen davon. Die anderen merken es schon gar nicht mehr.

Erzählt wird noch nicht viel, jeder wartet darauf, aufgerufen zu werden. Geduld regiert die Bude — Engelsgeduld. Eine halbe Stunde — dreiviertel Stunden — eine ganze —. Die mitgebrachten Kinder einiger Mütter werden unruhig. Das steckt an; auch die Erwachsenen rücken auf den Stühlen hin und her. Die Augen schweifen durch die Kassenräume: „Der

geunde und der kranke Zahn“ — „Bekämpfung der Tuberculose“ — „Folgen des Alkohols“ —

Die Wände schreien Ermahnungen in den Raum, geben Ratschläge, bitten, flohen — Niemand ist verantwortlich, daß ihr so lange warten müßt. — Das „Gesetz“ bestimmt.

Der Dreher Pinkus beugt sich zur Abwechslung seine kaputten Schuhe. Vom Anstarren der Plakate ist er schon ganz moschugge. Der Aerger frißt sich wie ein Wurm in ihn hinein. Beim Aufstehen grinst ihn wieder das dümmliche Plakat an: „Warum schimpfst und warum so nollst du —“. Mißtrauen beschleicht ihn. Wollen die ihn hier narren mit ihren Bitten und Aufforderungen. Warum ärgert er sich eigentlich über diese freundlichen Ermahnungen? Da stimmt doch irgend etwas nicht. Es sieht verdummt danach aus, als wollte man ihn von der Hauptsache ablenken. Alles ist hier viel zu sehr auf Abwehr eingestellt. Der ganze Betrieb dünkt Pinkus ein wohlorganisiertes Abwehrkomitee gegen die berechtigten Angriffe der Patienten. Er wackelt mit dem Kopf und verzieht sein Gesicht, als wolle er ausspucken. Na, fünf Minuten wartet er ja noch — aber dann ist es aus.

(Weitere Artikel folgen.)



Der neue Meyer

Soeben ist ein Ergänzungsband zu „Meyers Lexikon“, der 13. der Gesamtausgabe, im Bibliographischen Institut, Leipzig, erschienen. Er wird eröffnet mit der merkwürdigen Bezeichnung Aabenraa, das ist der dänische Name für Amt und Stadt Apenrade, und schließt mit dem Wort „Engländer“, womit ein englischer Schraubenschlüssel gemeint ist. Man findet in dem Band Vermerke über das Städtchen Aberdeen in Schottland, dessen Bewohner wegen ihrer sprichwörtlichen Sparsamkeit bekannt sind. Ausführliche Informationen erhält man auch über Afghanistan, wertvolle Ergänzungen sind in dem Abschnitt über Afrika enthalten. Aus einer längeren Abhandlung ersieht man, wieviel Agrarkonferenzen in den letzten Jahrzehnten abgehalten wurden, ohne daß der Landwirtschaft geholfen werden konnte. Eine längere Abhandlung über Aktien und Aktienrecht ist ebenso informativ, wie die Spalten, die dem Aluminium vorbehalten sind. Ueber Antennenrecht berichtet der neue Meyer, über technische Dinge, wie beispielsweise über Appreturmaschinen.

Besonders informativ sind die Tabellen, die den Zusammenschluß der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft darstellen. In einer längeren Abhandlung kann man sich über die verschiedenen Arbeitsgerichtsbehörden und über die Kurve der Arbeitslosigkeit vom Mai 1929 an informieren. Da sieht man, daß es im August 1929 nur 1,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland gab. Gründlich kann man sich auch über Astronomie und Astrologie unterrichten. Allgemein-

verständlich ist die Atomphysik aus-einandergesetzt. Wer sich für Kunstgeschichte interessiert, findet eine lange Abhandlung über Barock und Biedermeier. Besonders eigenartige Betonbauten sind ebenfalls im Bild festgehalten. Neben der trockenen Wissenschaft von der Bilanz findet man eine Geschichte der Bildhauerkunst und ein Verzeichnis der größten Brücken. Besonders begrüßen wird man die wertvollen Ergänzungen in der Geschichte Chinas. Die deutsche Musik wird in einer längeren Abhandlung erörtert, und die Rubriken „Deutsches Reich“ dürften für jeden Interessenten eine Fülle des Wissenswerten bieten. Eine Reihe farbiger Tafeln ergänzt in wertvoller Weise diesen dreizehnten Band.

Kleines Feuilleton

Das Blindenalphabet in 21 Sprachen

In 21 Sprachen der Sowjetunion kommt in Moskau in Kürze ein Blindenalphabet heraus. Vor einiger Zeit hat man bereits das tatarische, ukrainische, armenische und georgische Blindenalphabet vollendet, denen die übrigen nun angefügt werden.

Germanische Gräberfunde bei Prag

In Prag-Kebyla fand man zwei Meter unter der Erde Gräber aus dem 5. und 6. Jahrhundert. Wie nach den wissenschaftlichen Feststellungen anzunehmen ist, handelt es sich dabei um Markomannengräber. Die Gräber sind, wie aus der Lage der Skelette und der Beigaben geschlossen wird, wohl vor vielen Jahrhunderten schon beraubt worden.

Die Garage im Auto

Gewöhnlich ist es umgekehrt: Das Auto ist in der Garage. Jetzt aber ist der englischen Industrie die Herstellung einer transportablen Garage geglückt, die sich ohne Mühe zusammenlegen und im Gepäckteil eines normalen Autos verstauen läßt. Sie besteht aus dicker Zeltleinwand mit einem zusammenlegbaren Metallgerüst. Der Vorteil dieser Konstruktion ist der, daß bei Reisen, bei denen man mangels geeigneter Unterstellräume oft gezwungen war, den Wagen nachts im Freien parken zu lassen, die transportable Garage leicht benutzt werden kann. Sie kann diebstahlsicher verschlossen werden und ist mit Innen- und Außenbeleuchtung versehen, die, wenn das Auto nachts in der Garage auf der Straße steht, Unfällen vorbeugen soll.

Ein elektrisches Fahrrad

Eine Elektrowaren-Fabrik in Eindhoven in Holland hat ein Fahrrad auf den Markt gebracht, dessen Antrieb durch einen mit einem Akkumulator verbundenen Elektromotor erfolgt. Der Motor liegt schräg unter dem Sattel und wirkt durch Kettenantrieb auf das Hinterrad. Die Geschwindigkeit des elektrischen Fahrrads soll 20 Stundenkilometer, sein Aktionsradius ca. 75 km betragen.

Der Kaiser braucht Soldaten

„Neue, unübersehbare Menschenmassen stehen rund um das Fluggelände. Menschen jeden Alters und jeden Berufs, ein einziger Herzschlag aber in gläubiger Zuversicht und Hoffnung auf Adolf Hitler. Brausend steigt der Geburtstagsgruß der zehntausend Königsberger hinauf in den blauen Himmel, wo hoch ein Storch mit langsamem Flügel-schlag majestätisch seine Kreise zieht.“

(„Völkischer Beobachter“, 22. 4. 32.)



Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Remm. Copyright in Frankf. am Main, Berlin, Wilmersdorf.

35. Fortsetzung.

Sieh dich nur selbst an, wie du mit glänzenden Augen freudig mir in den Mund schautst. Und jetzt stelle dir vor, daß einer dieser mächtigen Führer, der die riesigen Massen der Hungerigen und Leidenden in den letzten entscheidenden Kampf führt, verstehst du: zur Heldentat! — führt, sich plötzlich niederbeugt und ohne dabei sich etwas zu denken, einfach rein mechanisch einen abge-schlagenen Splitter des alten Luxus in die Tasche schiebt. Und alle sehen das. Stell' dir das nur vor!“ Tkatschejew seufzt wieder und nickt lange mit dem Kopf.

„Wir sind zu hoch gestiegen, Genosse, wir können uns nicht mehr verbergen. Was ist da zu machen? Die ganze Menge stutzt plötzlich und erhebt immer dichter einen Wald von Fäusten.“

Verräter, Treuloser! Vielleicht? ... wer weiß es, seid ihr alle so! Alle mit dem gleichen Oel gesalbt! Schlagt sie! ertönt zuerst eine einsame, freche Stimme. Nun sage doch, was ist da zu tun? Noch ein Moment des Zögerns, und man wird uns alle in Stücke zerreißen. Der Versuch, Erklärungen abzugeben, kommt zu spät und ist unmöglich. Die Menge wird eine Rechtfertigung niemals begreifen. Die Menge versteht nur das ein-silbige „Ja“ oder „Nein!“ Unsere ganze Sache, verstehst du, die große Sache des Kampfes für das Glück von Millionen Menschen, alles, was mit so vielen Opfern bereits erreicht ist, mit so vielen Schwierigkeiten, Leiden und

Blut vieler Generationen, kann zerrieben wie Rauch, wie eine Seifenblase, wegen einer kindlichen Nachlässigkeit eines guten Genossen, der müde wurde und vergaß, wo er sich befand. Nun, sage doch, was soll man mit ihm machen, um die große Sache zu retten?“

„Erschlagen“, stößt Sudin dumpf und scharf hervor.

„Ja, erschlagen!“ wiederholt Tkatschejew.

„Wir erschlagen dich, um unsere Sache zu retten, und drücken zum Abschied fest deine ehrliche Hand.“

Er ergreift fest Sudins Hand und steht auf.

„Ja, das ist alles furchtbar, wenn man genauer hinsieht. Schtscheglow hat sogar den Vorschlag gemacht, dich nicht zu töten, sondern nur so zu tun, als hätten wir dich getötet, in Wirklichkeit aber dich irgendwohin weit wegzuschicken, ins Ausland, für immer, wo du illegal arbeiten könntest unter anderem Namen. Es ist aber schwer, unmöglich, das so durchzuführen, daß es ganz unbemerkt, unbekannt bleibt... Zu sehr stehen wir alle an der Spitze, vor aller Welt Augen. Außerdem sind wir eine Partei, und eine große Partei. Und wer ist nur aller darunter? Wir wollen nicht von den zweideutigen Subjekten sprechen, die ihre Blicke überall spielen lassen und auf die man ein wachsames, sehr wachsames Auge haben muß. Wie viele sind auch darunter, die ehrlich und aufrichtig Hand in Hand mit uns nach vorwärts streben, aber bei der geringsten Verwirrung in unseren Reihen erbleichen sie, verlieren jede Haltung und greifen nach jedem Strohalm, der ihnen von außen gereicht wird. Und wenn man jetzt ihnen allen, die als Masse ehrlich und aufrichtig sind, sagt, daß Sudin ganz unschuldig ist! — Glaubst du, sie würden dies verstehen? Sie würden es glauben? Vielleicht später einmal, wenn der lange Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung ihre Gehirne verändert haben wird. Aber jetzt, wo alles nun ist, wie es ist — niemals! Keiner würde es glauben. Denk nur an Schustry! ... Und weißt du,

was man glauben würde?“ Tkatschejew machte eine erbitterte Handbewegung: „Der Teufel weiß, was man sagen würde!“

„Und bedenke, wie groß sind diese Gefahren, in Form von Schokolade, Seide, Gold, Ballerinen, Musik, Wein und dieser ganze Krimskrans, an dem an sich nichts Verächtliches oder Niedriges ist, — sogar umgekehrt! — der aber für die Massen jetzt unerreicherbar und auch ungewöhnlich ist, da dies alles nur glitzernde Ueberreste sind von einem Haufen früherer Weltbeherrscher. Sind denn dieser verfluchten Gefahren nicht zu viele unter unseren Füßen?! Sage doch selbst Gerade unter unseren Füßen, unter den Füßen der Parteimitglieder. Oder glaubst du, daß die Versuchung nicht groß ist? Gewiß sind unter uns viele, die in der mönchischen Askese der unterirdischen Parteiarbeit erzogen sind. Aber doch!“

Wieder schüttelt Tkatschejew grimmig seinen Bart. „Was werden sie sagen, wenn es sich herausstellt, daß sogar Sudin, dieser wie es schien ‚ehrliehste Mann‘ alle, so gemein betrogen hat? — Bruder Sudin, so werden sie sprechen — hat Bestechungen angenommen in Form von Schokolade, Seide und Gold, — denn das wird man ihnen nicht ausreden können, denn die jahrhundertelange Not hat sie mißtrauisch gemacht — und sie werden sagen, dieser Räuber Sudin, den man mit Worten erschossen hat, in Wirklichkeit haben ihn aber... die Führer... versteckt!... Das sind mir Führer!“

Sudin, du begreifst, daß dieses ein segensreicher, warmer Frühlingregen wäre auf die Saat der lumpigen Heuchler des Karrieretums und des übrigen Gesindels, das nur daran denkt, nach oben zu kommen zum Schaden unserer Sache. Wenn Sudin das dürfte, wenn man es ihm verziehen hat — warum dürfen wir es nicht?

Wir müssen darum diesen Skandal mit einer lauten und blutigen Antwort liquidieren. Daß wir selbst und die anderen es hören!

Erbarmungsloser Terror! Blutiger Schrecken! Für alle, die sich vergessen, die ermüden, für alle, die die naive Kühnheit gehabt haben, sich in die ersten Reihen der Revolution vor den Millionen Augen der ganzen Welt zu stellen, ohne ihre Kraft zu ermessen.

Und sieh nur zu, wie wir auf diese Weise wie ein Meißel aus Stahl den Keil vorwärts treiben werden. Mögen die einzelnen Teile unserer stählernen Spitze von den Schlägen von außen abbröckeln — der Kampf fordert Opfer. Bedenke, auf welcher gigantischen Weltweite wir diesen verwegenen Keil aus uns selbst gebildet haben und wie wir eine durch Jahrtausende so versteinerte Beule am Körper der menschlichen Gesellschaft, wie es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, nun durchstoßen. Und du weißt, daß wir unser Ziel nur erreichen werden, wenn wir ehrlich und unnachsichtlich bleiben gegen andere und vor allem gegen uns selbst.

Das ist unser aller und auch dein Schicksal, Sudin!

Und jetzt noch ein Wort von den Nebensächlichkeiten. Wir haben beschlossen, es nicht hinauszuschieben und das Urteil noch heute Nacht zu vollstrecken.

Ja?! Und er drückte wieder seine Hand. „Walz und Pawlow sind wohl schon heute morgen erschossen worden.“ Er schwieg eine Weile.

„Außerdem haben deine Frau und die Kinder gebeten, dich besuchen zu dürfen. Wir haben es ihnen bis heute verweigert. Heute aber — wie du es willst. Sie müssen gleich unten beim Kommandanten sein, jetzt entscheide du: willst du sie sehen oder sollen wir es lieber wieder verweigern?“

Sudin fiel gebrochen zusammen und sog mit verzogenem Mund durch die zusammengebissenen Zähne die Luft.

„Mögen sie kommen“, sagte er müde.

„Nun, auf Wiedersehen!“

„Auf Wiedersehen.“

A Plauen

Warum es in Plauen keine geschlossene Maifeier gibt. Die Sozialistische Arbeiterpartei hatte sich mit dem ADGB, der SPD und der KPD wegen einer gemeinschaftlichen Maifeier in Verbindung gesetzt. Nirgends war es so schwer zu finden, eine einheitliche Maifeier in Klassenfront des Proletariats zustande zu bringen. SPD und ADGB lehnten es ab, die SAP unter Transparenten im gemeinsamen Zug marschieren zu lassen, die gegen Brüning-Regiment und Notverordnungsdiktatur protestieren, die KPD glaubte nicht auf Beschimpfungen der SAP und auf Hervorkehrung ihrer gewerkschaftsfeindlichen RGO-Parolen verzichten zu können. Es ist nicht die Schuld der Sozialistischen Arbeiterpartei, wenn sie allein auf die Straße gehen muß. Sie fordert alle Proletarier, die gegen die Sabotage gemeinsamer Klassenaktionen durch SPD und KPD protestieren wollen, auf, sich am Sonntag vormittag um 10 Uhr auf dem Ditttrichplatz zur Maidemonstration der SAP einzufinden. Die Abendveranstaltung, in der Genosse Walcher-Berlin spricht, findet in der „Freundschaft“ statt. Beginn 8 Uhr.

Erwerbslose sollen Kleingärten werden! Immer klarer zeigt sich, daß diejenigen Arbeiter, die einmal aus dem Erwerbsprozeß herausgeschleudert sind, nicht mehr darauf zu rechnen brauchen, wieder Arbeit zu bekommen. Nun hat der Reichskommissar für das Siedlungswesen die Anlegung von Kleingärten für Erwerbslose angeordnet. In Plauen sollen 400 Gärten in einer Größe von etwa 350 Quadratmetern angelegt werden. Es wird pro Garten in Plauen durch das Reich ein Zuschuß von 80 Mark als zinsfreies Darlehen (geschenkt wird nichts!) gewährt, der zur Anlegung eines Zaunes, Beschaffung einer Wasserzuführung, Anlegung der Wege und Beschaffung der Geräte dienen soll. Alles für 80 Mark! Der Pachtpreis soll 2/3 Pfennig pro Quadratmeter betragen. 100 Gärten sollen am Glockenberg, 70 am Pilschberg, 40 an der Reichenbacher Straße, 40 am Thiergartener Weg, 100 an der Neßbacher Straße bei der Leide, und 40 am Maßberg errichtet werden. Daß dem Hunger der Arbeitslosen mit solchen Palliativmitteln gesteuert wird, glaubt im Ernst niemand.

Die Unterstützungszahlung im Arbeitsamt klappte bisher so gut, daß ein findiges Köpfchen auf den Gedanken kam eine „Umorganisation“ vorzunehmen. Nun drängen und quetschen sich die Arbeitslosen eines bestimmten Buchstabens regelmäßig vor dem Tisch eines Angestellten, während zwei andere Angestellte dabeistehen und auf Arbeit warten müssen. Da geht nichts über geniale Organisation.

Die Vogtländische Maschinenfabrik (Vomag), die ehemals 5000 Arbeiter beschäftigte, beschäftigt nach dem letzten Bericht gerade noch 850 Arbeitnehmer, einschließlich der Angestellten. Nennenswerte Aufträge liegen im Augenblick nur in Buchdruckmaschinen vor.

Falkenstein i. V.

Maifeier! Den 1. Mai feiern unsere Genossen diesmal in einfacher Form. Früh 8 Uhr Morgenkonzert des Arbeiter-Gesangsvereins „Vorwärts“ auf dem Albertplatz. Nach dem Konzert Waldspaziergang nach Jägersgrün. In Eismann Gasthof, hier, einige Stunden gemütliches Beisammensein mit den Genossen des Waldgebietes. Genossen mit Angehörigen wollen sich recht zahlreich beteiligen. Wer Bahn benutzen will, 11.07 Uhr über Muldenberg.

Morgenröthe-Rautenkranz

Infolge persönlicher Verunglimpfungen von seiten der Nazis werden Aufklärungsversammlungen nötig. Unser Gemeindeverordneten-Vorsteher Genosse Schönfuß sah sich durch diese Machenschaften genötigt, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Alle SAP-Verordneten erklärten sich mit ihm solidarisch! In der Einwohnerversammlung in Morgenröthe bekundeten die 300 erschienenen Gemeindeglieder erneut ihr Vertrauen zur SAP-Fraktion dadurch, daß eine Resolution gegen nur sechs Stimmen zur Annahme kam. In der Versammlung in Rautenkranz, in der rund 200 Personen anwesend waren, kam eine gleichartige Resolution einstimmig zur Annahme. Auf Grund dieser Ergebnisse kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß auch weiterhin unsere Genossen die Geschichte der Gemeinde proletarisch leiten werden. Laßt die Faschisten weiter so mit Schmutz und Kot spritzen, und es wird sich zeigen, daß bei dieser Arbeit deren Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir werden die Gelegenheiten wahrnehmen, diese „Moralhelden“ von Zeit zu Zeit genügend zu demaskieren.

Am 1. Mai findet im Muldenhaus eine proletarische Maifeier statt. Als Festredner erscheint Genosse Felix Unger-Eibenstock. Erscheint in Massen!

Auerbach i. V.

Recht seltsame Zustände scheinen hier in Baugewerksbund zu herrschen. Schon seit etlichen Monaten drängen die Mitglieder den Vorsitzenden auf Einberufung einer Mitgliederversammlung, aber anscheinend ist wohl der Vorsitzende der Meinung, daß die Mitglieder nur für ihn da sind und nicht er für sie. Endlich vor einigen Tagen verteilte man die Einladungen, aber nicht an sämtliche Mitglieder, sondern nur an solche, die der Eisernen angehören. Wir fragen den Vorsitzenden, wie es kommt, daß ausgerechnet die Mitglieder, die der SAP, darunter sogar ein Vorstandsmitglied, und der KPD angehören, keine Einladungen bekommen haben?

Die KPD säubert . . .

Von einem kommunistischen Funktionär, der heute noch in der KPD ist, erhalten wir folgenden Schreiben, mit der Bitte um Veröffentlichung:

Dresden, 24. April 1932.

Am 19. 4. 32 las ich mit Erstaunen in der „Arbeiterstimme“, daß zwei Funktionäre (Richter und Liebig) als „Agenten der Konterrevolution“ aus der Partei ausgeschlossen sind. Ich bin aus der Jugendbewegung hervorgegangen und kenne besonders den Genossen Paul Richter, Dobritz, als früheren Bezirksleiter der kommunistischen Jugend sehr gut. Die Begründung in der „Arbeiterstimme“ hat mich nicht davon überzeugt, daß der Genosse Richter zu Recht ausgeschlossen wurde. Ich habe bereits mit vielen Parteigenossen darüber diskutiert, aber es glaubt keiner, daß Genosse Richter ein Konterrevolutionär ist. Der Genosse Richter (und mit ihm auch der andere Genosse) hat eine Meinung über die einzuschlagende Taktik gehabt und den Mut besessen, das zu sagen. Ihm deswegen auszuschließen, ist kein gutes Zeichen für unsere Partei. Es gibt demnach keine Meinungsfreiheit mehr bei uns. Was es nicht richtiger, eine sachliche und grundsätzliche Diskussion zu machen, als kurzerhand den Trennungsschritt zu ziehen?

Diese Meinung, wie sie die zwei Genossen vertreten haben, ist keine Einzelercheinung. Leider wagen sich die übrigen Genossen nicht raus mit ihrer Sprache, weil sie fürchten, daß der Apparat kommt und organisatorisch die Dinge regelt, statt politisch. Die Forderung nach mehr Diskussions- und Meinungsfreiheit ist durchaus berechtigt und muß von der breiten Mitgliedschaft unterstützt werden. Laßt uns doch mit den Klassengenossen in den anderen Parteien uns zusammensetzen. Ich denke, unsere Partei hat die stärkeren Argumente auf ihrer Seite. Warum isolieren wir uns dann. Das spricht wirklich nicht für die Stärke der KPD! Jedenfalls bin ich der Meinung, daß derartige Ausschüsse mehr Schaden als Nutzen bringen.

Wenn morgen oder übermorgen ein anderer Genosse ausgeschlossen wird, so wird man wieder argumentieren: „Konterrevolutionär“ usw. Mit Recht sagen dann die anderen Arbeiter, die KPD ist wohl die Partei der Konterrevolutionäre? Jedenfalls müssen solche Töne, wie sie die Parteileitung beliebt, verschwinden, ganz gleich, ob das aus Bosheit, Dummheit oder System geschieht.

Ich schreibe dies in der „gegnerischen“ Presse, weil ich weiß, daß unsere „Arbeiterstimme“ diese Zeilen bestimmt nicht abdrucken würde. Kämpft für die innerparteiliche Demokratie, für die Meinungsfreiheit in der Partei, Schluß mit der Ausschlußpraxis, die jede Kritik niederschlägt. Die Partei ist krank, wir Mitglieder haben die Aufgabe, auszusprechen, was ist. Genossen der KPD, kämpft mit mir für die Wiederaufnahme der Genossen Richter und Liebig in die Partei.

H. D., Dresden-L.

Diese Schreiben eines kommunistischen Funktionärs, das wir wortgetreu wiedergegeben haben, ist ein interessantes Zeugnis für die Stimmung, die heute in der KPD herrscht. In zahlreichen Orten Deutschlands sind bereits derartige Ausschüsse erfolgt. Die Hoffnung des kommunistischen Genossen, daß die KPD von dieser Praxis ablassen könnte, hat keine Aussicht auf Verwirklichung. Je verfehlter die Politik der KPD ist, um so brutaler unterdrückt der Apparat die sich immer stärker rührende Opposition innerhalb der Partei. Viele KPD-Genossen werden in den nächsten Tagen und Wochen erkennen, daß der Kampf für eine revolutionäre, im wahren Sinne kommunistische Partei heute nur außerhalb der KPD, nur in den Reihen der SAP geführt werden kann. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir in aller nächster Zeit wertvolle Mitkämpfer aus den Reihen der KPD erhalten werden. Um so mehr wird die SAP imstande sein, in ihrer großen historischen Aufgabe gerecht zu werden!

Zwickau

Die Stadtverwaltung hatte in der Streitfrage mit dem städtischen Orchester Revision eingelegt beim Reichs-arbeitsgericht. Bekanntlich stehen die Herren im hohen Zwickauer Rat ja noch immer auf dem Standpunkt, die Mitglieder des städtischen Orchesters fristlos entlassen zu können, obwohl bereits das Landesarbeitsgericht das Unmögliche dieser Stellungnahme festgestellt hatte. Nunmehr hat das Reichsarbeitsgericht endgültig entschieden, und zwar zugunsten der Orchestermitglieder. Wir gratulieren dem hohen Zwickauer Rat für seinen Reifall. Man sollte eigentlich die betreffenden Verantwortlichen in der Stadtverwaltung zur Rechenschaft ziehen wegen Verschwendung öffentlicher Gelder, denn die durchaus nicht geringen Prozeßkosten müssen die Steuerzahler aufbringen.

Wilkau

Eine unerhörte Schikanierung von Erwerbslosen leistete sich in der vorigen Woche der sozialdemokratische Bürgermeister Brendel. Er versuchte mit der Drohung des Unterstützungszuges drei Erwerbslose zu zwingen, eine aus Anlaß des Volksentscheides an einer Mauer mit Farbe angebrachte Losung auf dem Wege der „Pflichtarbeit“ zu entfernen. Es ist bezeichnend, daß er sich für diese „Arbeit“ drei kommunistische Funktionäre ausgesucht hatte. Weiter ist bezeichnend, daß er sich zu diesem Vorgehen durch ein „Eingesandt“ auf der Beilagsseite einer bürgerlichen Zeitung angeregt fühlte. Die drei Genossen verweigerten selbstverständlich, als ihnen nicht der entsprechende Tariflohn gewährt wurde, dieses mehr als merkwürdige Ansinnen. Daraufhin wird ihnen für diese Woche die Unterstützung entzogen. Dieses Vorgehen begründete Herr Brendel mit der Behauptung, daß die inkriminierte Inschrift nur durch Kommunisten angebracht worden sei! Daß man Pflichtarbeit und Arbeitsdienst auf diese Weise einführen will, ist um so empörender, als jeder einigermaßen proletarisch, politisch und gewerkschaftlich denkende Mensch diese neue Form der Versklavung nicht durch ihre Schuld erwerbsloser Proletarier verabscheut und bekämpfen muß. Die Erwerbslosen werden jedenfalls mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen solche Zumutungen kämpfen, denn es muß alles getan werden, um parteipolitische Überberechtigungen der Machtbefugnis von Beamten gegen die Erwerbslosen im Keime zu ersticken und darüber hinaus jede Pflichtarbeit, die nur der andere Pol des Lohnraubes ist, zu verhindern. Der Erwerbslosenrat wird die zu ergreifenden Maßregeln noch bekannt geben.

„Die rote Revue“, die von der Arbeitsgemeinschaft des Sozialistischen Jugendverbandes der Gruppen Wilkau, Niederhaußlau, Reinsdorf und Oberhohndorf zur Aufführung gebracht wurde, war eine staunenswerte Leistung aller Beteiligten. Die mit viel Fleiß und Können aneinandergereihten Bilder aus dem Arbeiterleben, unterbrochen von politischen satirischen Chansons, waren eine wirkliche Leistung. Um so erfreulicher war es, daß der große Schützenhaussaal fast bis auf den letzten Platz besetzt war, und so viele Genossen und Freunde vom Geist und Können unserer Jugend überzeugt werden konnten. Da wir allen Genossen und Sympathisierenden den Genuß einer solchen Darbietung wünschen, verweisen wir auf die noch stattfindenden Abende in Niederhaußlau und Oberhohndorf.

Frankenhausen (Pleiße)

Mitervorum. Der Besuch unserer Mitgliederversammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung diesmal nicht so stark wie erwartet wurde. Gegen die Beschlüsse des Vorstandes wurden keine Einwendungen gemacht. Zur Punkt Asechne-Einwirkung in der Gemeinde wurde erklärt, daß laut Beschluß des neu eingeführten Ortsgesetzes der Mieter nicht für die Kosten aufzukommen hat. Der nächste Punkt betraf das 10-jährige Bestehen des Vereins, welches am 21. Mai stattfindet. Es wurde beschlossen, der wirtschaftlichen Notlage gemäß, eine Jubiläumsversammlung abzuhalten und danach ein gemütliches Beisammensein, wozu die Mitglieder mit Frauen schon hiermit eingeladen sind.

Freital

Einen Werbeabend veranstaltete die Jugendgruppe des Arbeiterturnvereins Freital-Pötschappel. Leider ließ der Besuch stark zu wünschen übrig. Warum unterstützte die ältere Mitgliedschaft nicht ihre so rührige, aktive Jugendgruppe? Abgesehen vom Sprecher, der ein starker Vorgesager war, zeigte die Jugend auf dem Gebiet der Leibesübungen Erstaunliches. Vor allem gefiel die Form der Darbietung.

„Des Geistes Schwert!“ Sozialdemokratische Partei und SAJ veranstalteten im Capitol eine Kundgebung „für Demokratie, gegen Diktatur“, in der die Filme „Des Geistes Schwert“ und der Frankfurterfilm „Die rote Front sind wir!“ liefen. Unsere SJV-Gruppe war auf dem Posten und verteilte an die Mitglieder der SAJ vor der Veranstaltung ein besonderes dafür hergestelltes Flugblatt. Die SAJ-Genossen (es waren die gesamten noch übriggebliebenen Gruppen des Unterbezirks erschienen) nahmen ohne Widerspruch das Flugblatt an und lasen es sehr interessiert. Doch das Reichsbanner und der Reichstagsabgeordnete Schirmer sahen darin eine Gefahr für „ihre Jugend“ und versuchten die SJV-Genossen abzudrängen. Dabei kam es zwar nicht zu Schlägereien, aber zu Diskussionen, in die sogar M.d.R. Schirmer verwickelt wurde. Leider war seine parlamentarische Ausdrucksweise alles andere als parlamentarisch. Wohl an die zehn Mal gebrauchte er das Wort: „Ihr Arschlöcher!“ Und so etwas nennt sich Reichstagsabgeordneter! Auch der SAJ-Bezirksfunktionär Rüdiger wollte beweisen, daß er „sehr tüchtig“ ist. Von ihm war immer nur zu hören: „... paar in die Presse!“ Hoffen wir, daß beide von dem Film „Des Geistes Schwert“ etwas gelernt haben. Im Saal fahndete das Reichsbanner nach den Flugblättern und fühlte sich erst wieder sicher, als sie auch das letzte Blatt den „armen Jugendlichen“ wieder abgenommen hatten. Und dafür veranstaltet man Kundgebungen für „Demokratie“. Komisch, komisch!

Radebeul

Am 1. Mai beteiligen wir uns geschlossen an der Demonstration des Kulturkartells. Stellen hierzu vormittags 9 1/2 Uhr Ranke-Ecke Emilienstraße. Keiner darf bei diesem Aufmarsch der Radebeuler Arbeiterschaft fehlen!

Cunewalde

„Kleinkaliber-Schießsportverein“ Donnerstags, den 28. April, Übungsschießen 14 Uhr bei Heymanns.

Walpurgisfeier des SJV. Sonnabend, den 30. April, abends, in der Gemeindegasse. Zu der Maifeier-Demonstration stellen wir 13 1/2 Uhr beim Bergschlößchen.

Schwerin (Meckl.)

Die Verhandlungen der mecklenburg-schwerinschen Landessynode galten der ersten Lesung des Haushaltsplans der Landeskirche. Wie der Landeskirchenratspräsident Dr. Lemcke dazu ausführte, ist ein Ausgleich des Haushaltsplanes trotz äußerster Beschränkung der Ansätze nicht möglich gewesen, zumal viele Ausgaben und Einnahmen zwangsläufig feststehen. Es handelt sich um ein Defizit von 107 000 Mark. Der Laden jedes bankrotten Gemüsehändlers wird geschlossen. Warum schließt man nicht eine bankrotte Kirche?

„Prolet, greif zu!“

Die erste Auflage dieser Broschüre ist nahezu vergriffen!

Ortsgruppen und Bezirke, die noch Broschüren haben, die voraussichtlich nicht absetzbar sind, wollen das sofort unter Angabe der Anzahl an den Partei-Vorstand melden.

Versammlungskalender

SAP, Ortsverein Leipzig-West, Freitag, den 29. April 1932, 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Fußballstadion, Leipzig-Plagwitz, Nannstraße 52, Hof. Auf der Tagesordnung steht: „Was lehrt uns die Preisrevolution?“ und „Proletarische Wehrhaftigkeit und Wehrorganisation“. Redner Genosse Emil Heyen, Halle a. d. S. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Sympathisierende können eingeführt werden.

SAP Heidenau: Sonntag, 1. Mai, 19 Uhr: Maikundgebung in Leopolds Gasthof. Der SJV wirkt mit! Eintritt 10 Pfennige.

SJV Zwickau: Donnerstag, 20. April, im Jugendheim wichtige Versammlung. Erscheinen aller notwendig.

Sächsischer Volksentscheid Ein Nachwort

Von Walter Fabian

Die Sozialistische Arbeiterpartei war erst wenige Wochen alt, als die Kommunistische Partei ihr Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtages einbrachte und uns damit zum ersten Male vor die Notwendigkeit stellte, eine politische Entscheidung von praktischer Bedeutung zu treffen. In einem Punkte waren sich wohl alle Genossen einig: die SAP hätte von sich aus ein solches Volksbegehren nicht eingebracht. Meinungsverschiedenheit aber herrschte darüber, wie man sich zu dem nun einmal vorliegenden kommunistischen Volksbegehren verhalten sollte. Beteiligung oder Nichtbeteiligung — das war hier die Frage.

Die beiden Auffassungen hielten sich im Hauptvorstand die Waage; einmütig aber war man dort der Meinung, daß die sächsischen Genossen selbst die Entscheidung treffen müßten. Sächsische „Landesinstanzen“ der SAP existierten noch nicht; zur Klärung der Situation kamen die führenden Genossen der vier sächsischen Bezirke zusammen. Man beschloß einstimmig, die Mitgliedschaft selbst zu befragen: In allen SAP-Gruppen wurde eine Urabstimmung über die Frage der Beteiligung durchgeführt.

Diese Art der Willensabstimmung hat mancherlei für sich. Gerade in dieser Frage kam es darauf an, die Meinung der Mitgliedschaft selbst kennen zu lernen; es war eine gute Gelegenheit politischer Schulung und ein schöner Beweis für die innerparteiliche Demokratie. Daß nicht in allen politischen Situationen Zeit und Möglichkeit für Urabstimmungen vorhanden sein würden, wurde gleichzeitig klargestellt. Ein Mangel war aber, daß die Bezirksleitungen, die immerhin einen größeren Überblick haben konnten als die Genossen in den einzelnen Ortsgruppen, von sich aus auf eine empfehlende Stellungnahme verzichteten. Ebenso erscheint mir die Selbstauswahlung des Hauptvorstandes verfehlt; eine derartige landespolitische Entscheidung war viel zu wichtig für die Gesamtlinie der SAP, als daß die politische Führung schweigen durfte. In Zukunft muß eine glücklichere Synthese zwischen innerparteilicher Demokratie und dem notwendigen politischen Zentralismus gefunden werden.

Die Urabstimmung brachte eine sehr große Mehrheit für die Beteiligung. Eigentlich nur im Unterbezirk Dresden sprach sich eine beachtliche Minderheit dagegen aus. Die Minderheit fügt sich in selbstverständlicher Disziplin und in Anerkennung des demokratischen Charakters der Entscheidung (in den meisten Ortsgruppen waren in Referat, Korreferat und Diskussion die Meinungen geklärt worden). Jetzt aber halten wir es für unsere Pflicht, in einem kritischen Rückblick noch einmal zu der damaligen Entscheidung Stellung zu nehmen: um einige wichtige Lehren für die Zukunft zu gewinnen.

Wir waren gegen die Beteiligung nicht etwa deshalb, weil uns dieses Volksbegehren zu „radikal“ war, sondern ganz im Gegenteil: weil wir es als ein parlamentarisches Manöver erkannten, als ein Verlegenheitsprodukt der unfähigen KPD-Führung, als eine Ablenkung der unzufriedenen Massen auf einen Nebenkriegsschauplatz. Wir sahen, daß die KPD-Strategen mit dieser „außerparlamentarischen“ Aktion neue parlamentarische Illusionen in den proletarischen Massen weckten — und wir hielten es für unsere wichtigste Aufgabe, uns davon grundsätzlich abzugrenzen. Gerade weil auch in unseren eigenen Reihen (wie konnte es anders sein?) noch so manche parlamentarische Illusion herumspukte, waren wir gegen jede Konzession auf diesem Gebiet.

Die Genossen, die für die Beteiligung eintraten, waren in diesen Punkten weitgehend der gleichen Auffassung. Aber für sie überwog der Gesichtspunkt, der Kampf um Volksbegehren und Volksentscheid werde eine Gelegenheit sein, den kommunistischen Arbeitern unsere ehrliche revolutionäre Gesinnung zu beweisen und die Bildung der Einheitsfront zu fördern. Dieser Gedanke verdient gewiß höchste Beachtung. Dennoch halte ich die Entscheidung auch im Sinne der Herausbildung der Einheitsfront für falsch. Gewiß haben wir im Moment manches sympathische Gefühl bei kommunistischen Arbeitern hervorgerufen — aber das allein ist nicht ausschlaggebend. Viel wichtiger, allerdings auch weit schwieriger, aber auf die Dauer allein erfolgreich wäre es gewesen, den Kommunisten in sachlicher Diskussion nachzuweisen, daß sie sich auf dem Holzwege befänden. Damals hätten sie uns ausgelacht und vielleicht sogar niedergeschrien; aber heute steht auf Grund des Abstimmungsergebnisses eindeutig fest, daß ein großer Teil der KPD-Anhänger der Parole der Partei nicht Folge geleistet hat. Heute würde man sich vielleicht an die Warner erinnern und ihnen, mindestens im stillen, recht geben. Aber selbst wenn es nicht so gekommen wäre: wir müssen uns grundsätzlich darüber klar werden, daß wir dem Gedanken der Einheitsfront wohl Opfer der Taktik und des engeren Parteiinteresses, nicht aber unserer marxistischen Ueberzeugung und Erkenntnis bringen dürfen.

Und außerdem: die Beteiligung am Volksbegehren hat uns bei den kommunistischen Arbeitern wenig genützt, aber bei den sozialdemokratischen um so mehr geschadet. So wie die Beteiligung der KPD am preußischen Volksentscheid die Kluft zwischen KPD- und SPD-Arbeitern vertieft hat, so hat unsere Zustimmung zum sächsischen Volksbegehren eine Mauer zwischen uns und den sozialdemokratischen Arbeitern in einem Zeitpunkt errichtet, in dem noch so vieles im Fluß und vieles zu gewinnen war. Auch solche psychologischen Gesichtspunkte werden in Zukunft stärker beachtet werden müssen.

Wir waren aber auch deshalb gegen die Teilnahme, weil wir das Unternehmen von vornherein für praktisch aussichtslos hielten. Gewiß kann es immer wieder notwendig sein, Kämpfe des Proletariats auch dann zu führen, wenn ein praktischer Erfolg nicht zu erwarten steht. Aber auf einem an sich bedeutungslosen Gelände das Proletariat sehenden Auges in die Niederlage zu führen und damit mindestens zur Entmutigung der Arbeiterschaft beizutragen, das kann niemals die Aufgabe einer Arbeiterpartei sein. Es steht fest, daß (trotz des Oldenburger Volksentscheids, der unter ganz ausnahmswürdigen Umständen Erfolg hatte) die verfassungsmäßigen Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid einen Erfolg in der Regel unmöglich machen. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen „demokratischen“ Betrug der Verfassung den

Massen klarzustellen, nicht aber durch Einleitung oder Unterstützung derartigen scheinradikaler Manövers gefährliche Illusionen zu nähren.

Hinzu kam, daß von vornherein die Beteiligung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und eventuell weiterer Rechtsgruppen feststand. Damit war also sogar eine demonstrative Zählung der revolutionären Stimmen ausgeschlossen. Vielmehr war es bei der politischen Situation und angesichts der organisatorischen und finanziellen Kräfteverhältnisse klar, daß die Führung in diesem Kampfe nicht bei den Kommunisten liegen würde. In der Tat kamen auf zehn kommunistische Versammlungen sicher 50 nationalsozialistische, die Plakate der NSDAP waren zehnfach so groß wie die der KPD — nicht einmal so äußerlich betrachtet war es ein „roter“ Volksentscheid.

Die sächsische revolutionäre Arbeiterschaft hat, sehr überflüssigerweise, eine Schlappe erlitten, für die die Führung der KPD die Verantwortung trägt. Die SAP hat mit ihrer Zustimmung zum Volksbegehren — das ist unsere Auffassung — ihren Vornarrsch nicht gefördert, sondern an vielen Stellen gehemmt. Je deutlicher wir das aussprechen, je klarer wir Fehler erkennen und bekennen, desto besser dienen wir der Arbeiterklasse und unserer Partei: ihrem organisatorischen Aufstieg wie der Klärung in ihren eigenen Reihen.

wurden. Insgesamt wurden im Bezirk Pommern 2268 Stimmen für unsere Partei aufgebracht.

Diese Zahlen müssen allen Genossen und Lesern unserer Presse bekannt sein, damit sie erkennen können, wo die Arbeit einsetzen muß. Die SPD-Presse hat aus verständlichen Gründen die Stimmen in den einzelnen Orten nicht mitgeteilt, um uns hier am Nachstoßen zu hindern. Trotzdem ist es uns gelungen lückenloses Material zu beschaffen, damit wir unsere Agitationsarbeit fortsetzen können. Die kommende Unterbezirkskonferenz, welche bekanntlich sofort nach den Wahlen abgehalten werden soll, hat sehr große Arbeit zu leisten. Sie muß unter allen Umständen Mittel und Wege finden, die es ermöglichen, die Arbeiten zur schnellen Erstarbung unseres vorkommunistischen Organisationsgebildes zur Durchführung zu bringen. Die Konferenz kann es aber auch nur, wenn schon jetzt alle bestehenden Gruppen, Vertrauensleute, Mitgliedschaften und alle einzelnen Genossen und Genossinnen dazu die notwendige Vorkarbeit leisten und die unliegenden Orte bearbeiten. Es darf keine Verzögerung in der Beziehung eintreten, denn die erfolgreiche Arbeit kann jetzt für uns geleistet werden, weil die Massen einsehen, daß die gesamte Arbeiterklasse gegen den anstehenden Faschismus eine schwere Schlappe erlitten hat und nun wirklich alles getan werden muß, die Klasse aktionsfähig zu machen. Und hier setzt unsere historische Aufgabe ein, die wir als Sozialistische Arbeiter-Partei lösen müssen und auch nur allein lösen können.

Es ist aber auch noch besonders wichtig, daß wir bei dieser Angelegenheit unserer Tageszeitung und auch der Wochenzeitung etwas mehr Beachtung entgegenbringen. Die Presse unserer Partei ist unsere wirksamste Waffe im Kampf um das Vordringen der Bewegung. Daher muß gleichzeitig die Ausbreitung der „SAZ“ und „Kampfsignal“ unsere vornehmste Pflicht sein. Es muß uns auch hier gelingen, demnächst entscheidende Erfolge zu erringen. Wenn wir in dieser Weise im ganzen Unterbezirk planmäßig unsere Arbeit im Angriff nehmen, werden wir uns ein Organisationsnetz schaffen, das uns für die kommenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen die notwendigen Dienste leisten kann und muß.

Aus allen diesen angegebenen Gründen muß uns das vorpommersche Wahlergebnis ein Ansporn sein auf dem Wege unserer Wahllosungen ein Stück vorwärts zu kommen. Daher gilt es nun nicht zu ruhen und zu rasten, sondern in aller Kürze auf Grund der Beschlüsse der Unterbezirkskonferenz den Kampf aufzunehmen und erfolgreich bis zum gesteckten Ziele durchzuführen. Genossen! Mit neuem Mut an die Arbeit, die Freiheit und Genugtuung bringen wird.

Das Wahlergebnis in Vorpommern

Unsere neuen Aufgaben

Von Ewald Boy-Stralsund

Das Ergebnis des auch von uns geführten Wahlkampfes ist nun bekannt und erfordert Fortsetzung der aktivsten Aufklärungsarbeit im ganzen Organisationsgebiet. Die aufgebrauchte Stimmenzahl hat bewiesen, daß wir überall bis in das kleinste Dorf mit unserer Idee vorgedrungen sind. In manchen kleinen Orten, besonders dort, wo unsere Genossen mit der Einwohnerschaft in persönliche Berührung kommen konnten, haben wir im Verhältnis zu unserer Organisationsstärke ganz beachtliche Zahlen herausbringen können. Daher sollten auch hier für unsere künftige Nachstoßarbeit der Schlüssel zum Erfolg liegen. Trotz des bisher noch unzureichenden Organisationsgebildes sind wir bereits in alle umliegenden Landkreise eingedrungen und konnten eine Anzahl Stimmen mustern, die wir nicht erwartet hatten. Diese Feststellungen müssen wir in aller Nüchternheit machen, wenn uns auch ein größerer Erfolg noch lieber gewesen wäre. Alle für uns abgegebenen Stimmen bedeuten, daß es doch noch eine Anzahl klassenbewußte Arbeiter in Vorpommern gibt, die begriffen haben, daß es notwendig ist, eine Partei zu schaffen, die gewillt und bereit ist, über alle Parteigrenzen hinweg die soziale Revolution vorzubereiten und auch zur Durchführung zu bringen. Diesen Vertrauensbeweis gilt es nun dadurch in die Tat umzusetzen, daß wir diese Wähler in unermüdlicher Kleinarbeit zu erfassen versuchen und in unser Organisationsgebilde eingliedern. Diese Arbeit darf aber nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern muß sofort mit aller Energie in Angriff genommen werden. Für die kommenden Kämpfe und Aufgaben verschiedener Art gebrauchen wir eine bedeutend verstärkte Organisation.

Im Stadtkreis Stralsund gelang es uns 122 Stimmen aufzubringen, während die SPD 85 Stimmen verlor. Man kann hier annehmen, daß wir diese zum größten Teil aufgefangen haben. Trotzdem die Nachbarstadt Greifswald fast die gleiche Organisationsstärke aufweist, gelang es den dortigen Genossen nur 55 Stimmen aufzubringen. In beiden Orten fand auch je eine öffentliche Versammlung statt. Während Genosse Dr. August Siemsen in Greifswald referierte, sprach Genosse Herm. Reich-Berlin in Stralsund. Die Stimmenzahl in Greifswald hätte unbedingt gesteigert werden müssen. Der Landkreis Greifswald brachte 33 Stimmen für uns auf. Die Arbeit unserer Genossen in Barth brachte es auf 65 Stimmen, welche für den Landkreis Franzburg-Barth insgesamt auf 114 Stimmen gesteigert werden konnte. Im Verhältnis zu Greifswald, in bezug auf Organisationsstärke und Einwohnerzahl, ist dieses ein sehr gutes Ergebnis. Hier fand eine öffentliche Versammlung mit Genossen Reich statt, der aber auch noch Gelegenheit hatte in einer SPD-Versammlung als Diskussionsredner aufzutreten. Auch Genosse Prinz-Stralsund konnte für die Barther Genossen in einer SPD-Versammlung als Diskussionsredner wirken. Sonst waren wir in keiner Weise in der Lage in anderen Versammlungen der SPD zu wirken, da man ja eine Aussprache nicht zuließ. Der Landkreis Demmin brachte 46, der Landkreis Rügen 47 Stimmen auf. Im Landkreis Grimmen konnten wir ebenfalls 46 Stimmen für

uns buchen, während im Landkreis Anklam 42 Stimmen aufgebracht wurden, hier ohne völlige Organisation. Der Kreis Usedom-Wollin konnte es auf 181 Stimmen bringen. Wenn man aber die organisatorischen Verhältnisse in Betracht zieht, hätte die Stimmenzahl doch noch höher sein müssen. Diese Zahlen geben also das reine Ergebnis im Unterbezirk Vorpommern wieder. Zum Vergleich sollen aber auch noch die aufgebrauchten Stimmen der beiden anderen Unterbezirke des Bezirks Pommern mitgeteilt werden. Der Unterbezirk Mittelpommern brachte genau 800 Stimmen auf während im Unterbezirk Hinterpommern 779 Stimmen aufgebracht

Fahrkartenverbilligung

Herabsetzung der Zeitkartenpreise der Reichsbahn

TU Berlin, 27. April 1932.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1932 wird die Reichsbahn die große Spanne, die zwischen den Zeitkartenpreisen für Personen- und Eilzüge und zwischen den Zeitkartenpreisen der 2. und 3. Klasse besteht, verringern. Künftig soll, wenn die Zeitkarte 3. Klasse Personenzug = 100 gesetzt wird,

die Zeitkarte 3. Klasse mit Eilzugsberechtigung = 133,

die Zeitkarte 2. Klasse für den Personenzug gleichfalls = 133

und die Zeitkarte 2. Klasse mit Eilzugsberechtigung = 167 betragen.

Danach wird also die Monatskarte 3. Klasse mit Eilzugsberechtigung denselben Preis haben wie die Monatskarte für den Personenzug in der 2. Klasse. Ein Inhaber einer Monatskarte für 2. Klasse Personenzug darf also ohne weiteres einen Eilzug in der 3. Klasse auf Grund seiner Monatskarte benutzen bzw. darf der Besitzer einer Monatskarte für 3. Klasse Eilzug in dem Personenzug der 2. Klasse fahren. In ähnlicher Weise wird, wie es auch heute schon zugelassen ist, der Inhaber einer Monatskarte 2. Klasse mit Eilzugsberechtigung in der 3. Klasse Schnellzüge benutzen können.

Heute ist die Spanne zwischen diesen einzelnen Zeitkartenpreisen weitaus größer und komplizierter. So beträgt z. B. das Verhältnis einer Monatskarte 3. Klasse Personenzug zu einer Monatskarte 2. Klasse mit Eilzugsberechtigung 100:211.

Die neue Maßnahme stellt also eine Vereinfachung dar und bringt für die Monatskarte 3. Klasse mit Eilzugsberechtigung eine Ermäßigung um 8,7 vH, für die Monatskarten 2. Klasse Personenzug eine Ermäßigung um 14,6 vH, und für die Monatskarten 2. Klasse mit Eilzugsberechtigung eine Ermäßigung um 21 vH gegenüber den heutigen Sätzen.

Die neue Staffelnung findet Anwendung bei den Monatskarten, Schülermonatskarten und Teilmonatskarten.

Senkung der Schnell- und Eilzugszuschläge um 50 vH

TU Berlin, 27. April 1932.

Um den Bestrebungen nach Erleichterung des Reiseverkehrs entgegenzukommen, wird die Reichsbahn mit Wirkung vom 1. Juni 1932 die bisher gültigen Sätze für Schnell- und Eilzugszuschläge um die Hälfte herabsetzen. Nach dieser Regelung werden die Schnellzugszuschläge wie folgt bemessen:

		3. Kl.	2. u. 1. Kl.
Zone 1	(1—75 km)	0,50	1,00
„ 2	(76—150 km)	1,00	2,00
„ 3	(151—225 km)	1,50	3,00
„ 4	(226—300 km)	2,00	4,00
„ 5	(über 300 km)	2,50	5,00

In gleicher Weise erfahren auch die Eilzugszuschläge eine Herabsetzung um 50 vH in folgenden Ausmaßen:

		3. Kl.	2. u. 1. Kl.
Zone 1	(1—75 km)	0,25	0,50
„ 2	(76—150 km)	0,50	1,00
„ 3	(151—225 km)	0,75	1,50
„ 4	(226—300 km)	1,00	2,00
„ 5	(über 300 km)	1,25	2,50

Die bisherige Nahzone bei Eilzügen (1 bis 35 km) fällt fort.

Für die Benutzung von FD-Zügen (bisher einheitlicher Zuschlag von 4 RM) treten zu den Schnellzugszuschlägen 2. und 1. Klasse hinzu für Entfernungen bis 300 km 2 RM, darüber 3 RM, für die Benutzung von FFD-Zügen (bisher einheitlicher Zuschlag 8 RM) für Entfernungen bis 300 km 4 RM, darüber 6 RM.

Wechsel im Rundfunk. An Stelle des bisherigen Redakteurs der „Drahtlosen Nachrichten“ (DRADAG), Josef Rüscher, der — wie wir gestern gemeldet haben — in die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ eintritt, wird der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung“, Hermann Orth, der früher Chefredakteur der „Germania“ war, die Redaktion der Rundfunknachrichten übernehmen.

Mißglückte Wendungen

Ist eine Wendung der RGO-Politik möglich?

von Maria Grollmuß.

Dieser Artikel ist von der Genossin Grollmuß vor der Wahl und vor der jetzigen „Wendung“ der KPD (Offener Brief „Rote Fahne“ vom 26. April) geschrieben. Da aber auch die jetzige „Wendung“ der KPD an ihrer falschen Grundlinie nichts ändert, da vor allem die RGO-Politik als Ganzes aufrecht erhalten wird, so ist dieser Aufsatz gerade jetzt sehr aktuell.

(Die Red.)

Die Februartagung des ZK der KPD, die wieder einmal Verstärkung der Arbeit an der Innengewerkschaftlichen Front proklamierte, bekundet den Gedanken an eine Wendung der kommunistischen Gewerkschaftspolitik aufzuleben. Die Wendung kam nicht. Sie kam so wenig als im Juni 1931. Damals erweckte der RGO-Brief, der die Arbeit der RGO einer vernichtenden Kritik unterzog und die „umfassende revolutionäre Arbeit in den realistischen Gewerkschaften“ nach dem Spaltungskurs erstmalig wieder zur Parole erhob, ebenfalls unerfüllte Hoffnungen auf eine Preisgabe des RGO-Kurses.

Warum ist die Wendung damals und jetzt nicht gekommen? Kann diese Wendung überhaupt noch kommen? Oder ist die Möglichkeit einer Wendung von oben, einer Revision des Gewerkschaftskurses durch die kommunistische Parteiführung, endgültig verpaßt? Die Führung der KPD hat des öfteren hin- und hergewandelt und hat dabei nicht nur Falsches, sondern zuweilen auch Richtiges getroffen. Sie hat die terroristischen Bestrebungen unterbunden, sie hat das nationale Befreiungsprogramm seinerzeit einer Korrektur unterzogen. Warum also sollte sie nicht auch wieder zu einer richtigen Gewerkschaftslinie zurückfinden?

Aber es besteht ein tiefgehender Unterschied zwischen einer Korrektur auf diesem oder jenem Teilgebiet, einer Revision programmatischer Parolen und dem Kurswechsel auf gewerkschaftlichem Gebiete. Die Gewerkschaftspolitik ist der praktische Kern der Politik einer deutschen Arbeiterpartei in der gegenwärtigen Periode. Die Gewerkschaftspolitik berührt in ganz anderer Weise das praktische Wirken der Partei als diese oder jene Formulierung, diese oder jene Maßnahme. Die Gewerkschaftspolitik wird im Betrieb, beim Spruchauschuß, beim Arbeitsgericht, bei dem Kampf um den Tarif, gegen Entlassungen und Maßregelungen nicht nur beredet oder proklamiert, sondern gemacht. Die wehrhafte Abwehr des Faschismus und der Kampf gegen den imperialistischen Krieg stehen in unlösbarem Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Massenarbeit. Sie gipfelt in politischen Massenkämpfen gegen Lohnraub und Faschismus. Die Gewerkschaftspolitik greift täglich und stündlich in das Leben der Klasse. In der Gewerkschaftspolitik ist wie in einem Brennpunkt das Verhältnis der Partei zur Klasse konzentriert. Die Gewerkschaftspolitik spiegelt die Gesamtpolitik der Partei wieder. Die RGO-Politik gehört zum ultralinken Kurs, wie die reformistische Gewerkschaftspolitik zur sozialdemokratischen Koalitions- und Tolerierungspolitik gehört. Darum kann eine falsche Gewerkschaftspolitik nicht mit einer Wendung auf gewerkschaftlichem Gebiet, sondern nur mit einer Wendung der Gesamtpolitik korrigiert werden.

Hier liegt der Grund für das Versagen aller bisherigen Wendungen der KPD-Gewerkschaftspolitik. Den KPD-Führern fehlt weder die Einsicht in den völligen Bankrott der RGO-Politik, noch der gute Wille zur Wiederaufnahme der Arbeit an der „Innengewerkschaftlichen Front“. Aber Einsicht und Wille nützen nichts, solange nicht der Bruch mit der falschen Gesamtpolitik vollzogen wird. Der Versuch einer isolierten Wendung auf gewerkschaftlichem Gebiete führt immer nur im Kreise herum, führt über das Gerede von der schlechten Durchführung der richtigen Linie wieder zurück zur erneuten, gesteigerten Wiederaufnahme der RGO-Politik. Diese Tatsache wird bewiesen durch den negativen Ausgang aller bisherigen Wendungen.

Kurswechsel ist nur möglich mit Verantwortung, und Verantwortung ist nur tragbar, wenn eine Massenbasis da ist, auf die der Träger der Verantwortung sich stützen kann. Eine Parteiführung, die auf die Massenbasis, die Vertrauensgrundlage verzichtet, kann nichts anderes als fortwuscheln. So mußte die KPD-Führung den RGO-Kurs fortwuscheln! Und Moskau zog mit dem offenen Spaltungskurs des V. RGI-Kongresses aus dem bestehenden Zustand die einzig mögliche Konsequenz.

Gewerkschaftliche Wendung wäre nur durchführbar gewesen im Zusammenhang mit einer ganzen Wendung, mit einer Rückkehr zur proletarischen Demokratie. Parteidiskussion, Entscheidung der Mitgliedschaft für den neuen Kurs, wäre die Voraussetzung für den Kurswechsel gewesen.

Aber der Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher und gesamtpolitischer Wendung liegt noch tiefer. Die RGO-Politik ist inhalt-

licher Bestandteil des ultralinken Kurses. Sie entspricht trotz allen Leugnens der Theorie von der Spaltung der Klasse, selb. in der Merkersehen, sei es in irgendeiner anderen Formulierung. Sie ruht auf dem Mißtrauen in die Klasse, auf der Annahme, daß ein entscheidender Teil der Klasse grundsätzlich klassenkampfunfähig geworden sei. Dieses Mißtrauen in die Klasse, das auf der Annahme der sozialen Spaltung des Proletariats beruht, ist die Grundlage der ultralinken Politik. Die RGO-Politik ist nur ein Teil jener Politik des Verzichtes auf die geschlossene Klassenfront, der Ersetzung der Klassenaktion durch die Parteiführung, die sich mit unentbehrlicher Notwendigkeit aus dem ultralinken Verhältnis zur Klasse ergibt. Sie kann sich nur ändern, wenn sich das Verhältnis zur Klasse ändert, wenn an Stelle des Begriffs der sozialen Spaltung der Begriff der Klasseneinheit, an Stelle des Mißtrauens das Vertrauen, an Stelle der Politik des bürokratischen Gängelbandes die Politik der proletarischen Demokratie tritt. Positive revolutionäre Gewerkschaftspolitik ist nur möglich auf dem Boden der Klasseneinheit und der proletarischen Demokratie. Einheitliche Klassenorganisation ist nur sinnvoll, wenn ein einheitliches Klasseninteresse existiert. Gewerkschaftlicher Klassenkampf, proletarische Aktivität in den Massenorganisationen ist nur möglich, wenn der Massenaktivität überhaupt Raum gegeben wird, wenn die Arbeiter in ihren Klassenorganisationen selbst kämpfen, wenn es eine proletarische Demokratie gibt. Nur bei Anerkennung der Klasseneinheit und der proletarischen Demo-

Kapitalhamsterei der Angestellten-Versicherung

Die Angestellten-Versicherung erhöhte im Jahre 1931 ihr Vermögen auf 1 893 366 400,16 Mark, d. h. sie hatte von den Beiträgen, trotzdem diese gegen das Vorjahr zurückgegangen sind, 94 143 897,51 Mark übrig. Die Beiträge brachten eine Einnahme in Höhe von 343 484 309,51 Mark, die Ausgaben dagegen betragen für Renten, Abfindungen, Erstattungen und Heilverfahren 249 340 322,— Mark. Der Gesamtüberschuß des Jahres betrug (trotz Krise!) 259 973 747,23 Mark. 134 353 706,68 Mark wurden an Zinsen eingenommen, Mieten und Ausgleichsbeiträge brachten 1 084 186,21 Mark und Verkäufe 1 211 919,29 Mark. Die Verwaltungskosten betragen 13 650 954,16 M., davon 7 452 874,24 an Besoldungen für Beamte.

Das Ruhegeld ohne Kinderzuschüsse stellte sich im Durchschnitt auf 82,25 Mark, die Witwenrente betrug im Durchschnitt 49,17 und die Waisenrente 40,94 Mark monatlich. Die 4. Notverordnung brachte verschiedene Verschlechterungen, so die längere Wartezeit. Bisher wurden die Ruhegelder mit dem Ersten des Monats, in dem der Rentenfall eintrat, gezahlt, künftighin erst am Ersten des folgenden Monats. Das Ruhegeld wird nicht gezahlt bei Bezügen aus Krankengeld, Unfallrente, bei Renten aus den Versorgungsgesetzen und neben beamtenrechtlichen Pensionen. Nur bei den Renten, welche am 1. Januar 1932 bereits liefen, werden 25 Mark nicht gerechnet. Auch die Witwenrenten ruhen, wenn Bezüge aus Versorgungsgesetzen oder beamtenrechtlicher Versorgung vorliegen. Kinderzuschüsse und Waisenrenten werden nur noch bis zum vollendeten 15. Lebensjahr des Kindes gezahlt. Es sind im Berichtsjahr 7 692

Kinderschüsse eingestellt, was eine „Ersparnis“ von 76 920,— Mark monatlich bringt. Die eingestellten 15 207 Waisenrenten „ersparen“ monatlich 536 769,— Mark. Das bringt zusammen im Jahre eine Ersparnis von 7 364 268,— Mark. War es nötig, hier wieder auf Kosten der Armen zu sparen, bei dem Vermögensstand der Reichsversicherungsanstalt, oder haben hier der Bürokratismus und der Haß gegen die Armen gewütet?

Das Vermögen der Angestellten-Versicherung ist in Wertpapieren, Hypotheken und Darlehen angelegt. An Grundbesitz sind vorhanden das Dienstgebäude, 9 Sanatorien, das Gut Baumgarten bei Greiffenberg in Schlesien, Siedlungshäuser in Steglitz und sonstiger Grundbesitz. Im Laufe des Jahres mußten 8 Güter von 5538 Hektar im Wege der Zwangsvollstreckung übernommen werden, davon ist eins wieder verkauft, ein zweites wurde verpachtet, und sechs stehen in eigener Bewirtschaftung.

Wie schon vor einiger Zeit bekannt wurde, wird eine weitere Verschlechterung auch der Angestellten-Ruhegelder geplant, die doch bei dem glänzenden Stande der Reichsversicherungsanstalt durchaus nicht nötig ist. Warum sollen die jetzt lebenden Angestellten in so hohem Maße für die kommenden Geschlechter sparen? Oder, was viel schlimmer ist, sollen die Angestellten mithelfen, die Gelder für neuen Krieg, für Kriegsanleihen zu schaffen? Werden sich die Angestellten zusammenschließen, um das geplante Attentat abzuwehren, oder wird wieder nur mit Worten gefochten werden?

Neuer Abbau der Sozialunterstützungen

TU. Berlin, 27. April.

Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften teilt mit: „Durch einen Teil der Presse ist im Zusammenhang mit einem Bericht über die Tagung eines Unterausschusses des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages am 30. und 31. März verbreitet worden, daß die gewerblichen Berufsgenossenschaften infolge der Notverordnung 33 v.H. und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 25 v.H. an ihren Ausgaben ersparten. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Ersparnis beträgt, auf die Ausgaben des Jahres 1931 bezogen, nur 9,84 v.H. in der gewerblichen und 12,67 v.H. in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Die übrigen alten Renten laufen grundsätzlich

in voller Höhe weiter. Da infolge der Schrumpfung der Wirtschaft die Lasten der Unfallversicherung von einer stark verminderten und geschwächten Unternehmerschaft getragen werden müssen, liegt es auf der Hand, daß diese Ausgabenenkung nicht ausreicht.“

TU. Berlin, 27. April 1932

Der Unterausschuß des Reichstagsausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten hat sich am Mittwoch über die Lage der Invalidenversicherung ausgesprochen. Es ist dabei die schwierige Vermögenslage dieses Versicherungszweiges erörtert worden. Aus den Mitteilungen der Regierung ergab sich, daß bei der Invalidenver-

sicherung mit einem erheblichen Fehlbetrag zu rechnen ist.

*

Beide Meldungen sind nichts anderes, als die Ankündigung eines neuen Abbaus aller Invaliden- und Unfallrenten, der über den bisherigen Unterstützungsraub weit hinausgehen wird. So soll auch auf sozialpolitischem, wie auf allen übrigen Gebieten die Arbeiterklasse immer wieder bluten, immer weiter ins Elend gestoßen werden. Den Hakenkreuzern, die den so zu Verzweiflung getriebenen Massen demagogisch die Erlösung von all den Übeln versprechen, werden immer neue Scharen in die Arme getrieben. Das ist nur zu verhindern, wenn endlich die Arbeiterorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, den geschlossenen Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen aufnehmen.

KPO in der „Eisernen Front“

DMV Halle macht SPD-Wahlpropaganda unter Duldung der KPO

Die Ortsverwaltung der DMV Halle setzt sich in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der KPO zusammen. Ebenso hat die KPO zusammen mit anderen oppositionellen Richtungen in der örtlichen Generalversammlung die Mehrheit der Delegierten. Um so erstaunter muß man deshalb über die Stellungnahme der Ortsverwaltung zum 1. Mai sein. Durch ein besonderes Rundschreiben gibt sie bekannt, daß die diesjährige Maifeier von der „Eisernen Front“ veranstaltet wird und alle Gewerkschaftsmitglieder vollzählig zu erscheinen haben. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Kollegen sich an der Demonstration der „Eisernen Front“ recht stark beteiligen.

Wir nehmen zugunsten der KPO-Genossen in der Ortsverwaltung an, daß sie von der Herausgabe dieses Rundschreibens nicht informiert wurden und der SPD-Bevollmächtigte Drescher auf eigene Faust handelte. Man wird es aber kaum glaubhaft machen können, daß der zur KPO gehörende DMV-Angestellte König von der Herausgabe dieses Rundschreibens nichts wußte. Ihm konnte die Ausgabe der Schreiben an die Unterkassierer, die teilweise zur KPO gehören, nicht verheimlicht werden. Das Verhalten der KPO-Genossen muß auch deshalb entschieden verurteilt werden, als die DMV-Ortsverwaltung vor den Landtagswahlen eine Aufforderung zur Mitteiligung am Fackelzug der SPD herausgab. Dieser Fackelzug, am Vorabend der Wahl, stand ganz im Zeichen der SPD-Propaganda. An die Wähler richtete man den letzten Appell, für die Liste 1 zu stimmen. Das alles kann mit der stillschweigenden Duldung der oppositionellen Ortsverwaltung des DMV geschehen. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die oppositionelle Mehrheit im Verband immer mehr zusammenschrumpft. Die Reformisten holen jetzt bereits zum letzten Schlag aus, um den Einfluß der Opposition im DMV Halle gänzlich zu beseitigen. So ist von der Bezirksleitung des DMV die Zusammenlegung der Ortsverwaltungen Halle und Merseburg geplant. Der bisherige Bevollmächtigte Drescher, der sich im Kampf gegen die Opposition nicht genügend stark zeigte, soll von Halle nach Merseburg versetzt werden, während der Merseburger Bevollmächtigte Tenhagen nach Halle kommt. Da die Opposition in Merseburg fast vollkommen einflußlos ist, werden die Delegierten, die in Zukunft zur Generalversammlung entsandt werden, durchweg Sozialdemokraten sein. Die Opposition soll also durch die Merseburger Delegierten in der Generalversammlung majorisiert werden. Dieser Plan ist von den Reformisten bereits in allen Einzelheiten festgelegt und soll in aller kürzester Frist durchgeführt werden.

Die Aufgabe der Opposition wäre es jetzt, die DMV-Kollegen zu mobilisieren, um diesen Streich der reformistischen Bürokratie gegen das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder zu verhindern. Gerade hier versagt die KPO-Opposition, die im DMV Halle die Führung hat. Wir möchten die „Arbeiterpolitik“ hören, wenn sich unter der Duldung der SAP-Genossen in der Ortsverwaltung des DMV Breslau ähnliches ereignen würde, wie im DMV Halle. Die „Linienrichter“ der „Arpo“ haben also genügend Betätigungsmöglichkeit bei ihren eigenen Genossen in Halle.

Wir erwarten von den Metallarbeitern in Halle, daß sie auf dem Posten bleiben. Die Ortsverwaltung darf der Opposition nicht verloren gehen. Durch die gemeinsame Zusammenarbeit aller oppositionellen Richtungen kann der Plan der Reformisten vereitelt werden.

Ossietski geht ins Gefängnis

Berlin, 27. April 1932.

Der Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, hat heute die Aufforderung zum Strafantritt erhalten. Er wird dieser Ladung Folge leisten.